

J. germ.

96

9.

Y. germ.
967

Keutgen

<36641536070010

<36641536070010

Bayer. Staatsbibliothek





UNTERSUCHUNGEN
ÜBER DEN URSPRUNG
DER
DEUTSCHEN STADTVERFASSUNG.

HABILITATIONSSCHRIFT
ZUR
ERLANGUNG DER VENIA DOCENDI
DER HOHEN PHILOSOPHISCHEN FAKULTÄT
DER
GROSSHERZOGLICH-HERZOGLICH SÄCHSISCHEN
GESAMT-UNIVERSITÄT
JENA
VORGELEGT
VON
DR. F. KEUTGEN.

LEIPZIG 1894, DUNCKER & HUMBLLOT.

Vorliegende Abhandlung bildet den Anfang einer im Januar 1895
unter gleichem Titel erscheinenden grösseren Schrift des Verfassers.



Einleitung.

Soviel in den letzten Jahren über den Ursprung der deutschen Stadtverfassung geschrieben, soviel Licht durch eine Reihe vortrefflicher Untersuchungen über die schwierigsten Fragen auf diesem Gebiet verbreitet worden ist, so scheint doch der Zeitpunkt für eine umfassende Darstellung der Geschichte der deutschen Stadtverfassung noch nicht gekommen. Denn gerade über die wichtigsten Fragen herrscht keineswegs schon Übereinstimmung. Anderes hingegen, was in einer solchen Darstellung nicht übergangen werden könnte, ist längst festgestellt. Eine den ganzen Gegenstand behandelnde Arbeit würde also an einer Ungleichheit leiden müssen, würde zusammengesetzt sein aus hundertmal Gehörtes referierenden Parteen und aus Einzeluntersuchungen über die streitigen Punkte. Es schien mir besser, mich möglichst auf die letzteren zu beschränken.

Denn, wie gesagt, wie scharfsinnige und eindringende Erörterungen auch gerade in letzter Zeit darüber veröffentlicht worden sind, so kann der Streit doch keineswegs als ausgetragen gelten. Zwei Parteien stehen sich noch gegenüber: die Vertreter der Marktrechttheorie einerseits, von Below als Vertreter der Herleitung der Stadtgemeinde von der Landgemeinde andererseits. Beide haben sich um die Erforschung der Wahrheit große Verdienste erworben. Dafs Handel und Handwerk von grofser Wichtigkeit, und nicht blofs wirtschaftlicher, für die Entwicklung der deutschen Städte gewesen sind, war

freilich immer bekannt: dieser Gesichtspunkt spielt schon in älteren Werken eine Rolle. Es war aber nie versucht worden sie loszulösen, zu bestimmen und zu den übrigen Faktoren ins Verhältnis zu setzen. Dies hat die Marktrechttheorie gethan. Nur hat die mit dem ersten Versuch vielleicht notwendig verbundene Einseitigkeit zur Übertreibung geführt, indem man die übrigen Faktoren in der Entwicklung, deren Existenz doch nicht zu leugnen ist, gewissermaßen ignoriert hat und es unterlassen hat das beiderseitige Verhältnis abzuwägen und festzustellen.

Überhaupt scheint mir das Hauptverdienst der jüngeren Forschung in dem Bemühen zu liegen, die Prinzipien zu erfassen, die grundsätzliche Bedeutung der einzelnen Erscheinungen des Verfassungslebens festzustellen¹. Ist dabei nicht zu leugnen, daß in der Wirklichkeit diese Prinzipien nicht in dem Maße hervorgetreten sind, nicht immer so im Bewußtsein der Zeitgenossen gelebt haben, so ist daraus doch dem geschilderten Verfahren kein Vorwurf zu machen. Es wäre, als wollte man dem Bildhauer, dem Maler das Studium der Anatomie verwehren. Verstehen läßt sich die äußere Wirklichkeit ohne Klarlegung der inneren Grundlagen nun einmal nicht. Das hat das frühere Verfahren genugsam bewiesen, wo das Festkleben am Äußerlichen nicht wenig von der Verwirrung, die auf dem Gebiete der Stadtverfassungsgeschichte herrscht, verschuldet hat; von der übermäßigen Berücksichtigung bloßer Namensgleichheiten und Namensverschiedenheiten ganz zu geschweigen². Durch neue Fun-

¹ Vgl. Mommsen, Römisches Staatsrecht, Vorwort S. VII f.: „Vor der Platitude derjenigen historischen Forschung, welche das was sich nie und nirgends begeben hat, bei Seite lassen zu dürfen meint, [beschützt den Juristen seine genetisches Verständnis fordernde Wissenschaft]“. Aber (S. VIII): „Die einzelnen Institute sind historisch entstanden, also irrationell“.

² Dieser Vorwurf kann natürlich nur einigen Forschern gemacht werden, und es geschieht leider auch heute noch viel zu viel, namentlich seitens jüngerer Leute. Ebenso versteht es sich, daß auch frühere Gelehrte schon durch Verfolgen der theoretischen Grundlagen die schönsten Erfolge auf unserem Gebiete errungen haben, und nichts liegt mir ferner

dierung eines großen Teiles der Lehre von der deutschen Stadtverfassung in dem angedeuteten Sinne hat sich namentlich v. Below große Verdienste erworben¹. Neben ihm steht mit eigenem Verfahren Sohm, der freilich zu anderen Ergebnissen gelangt ist, dessen konsequentes Verfolgen bestimmter Rechtsgedanken mir jedoch von außerordentlichem Wert erscheint². Schröder, der eigentliche Vater der Marktrechttheorie, ist in seinem Lehrbuch der deutschen Rechtsgeschichte³ noch am meisten auch den anderen Faktoren gerecht geworden, während seine Arbeiten über das Weichbild und die Rolandssäulen⁴ wohl die anfechtbarsten Beiträge zu jener Lehre enthalten.

Auf ganz anderem Wege sind die zahlreichen Untersuchungen über einzelne Städte oder Städtegruppen der gemeinen Aufgabe näher getreten. Eine knappe und sachliche Zusammenstellung charakteristischer Verfassungsgeschichten von einer Reihe norddeutscher Städte enthält der Abschnitt Deutschland in Hegels „Städte und Gilden der Germanischen Völker“⁵. Besonders hervorgehoben werden müssen sodann die betreffenden Kapitel in Gotheins „Wirtschaftsgeschichte des Schwarzwaldes und der angrenzenden Landschaften“⁶. Hier findet sich die Schilderung des äußeren Verlaufes mit der theoretischen Erklärung in vortrefflicher Weise verbunden.

als eine Unterschätzung der hohen Verdienste der älteren Forscher. Es war aber sehr erwünscht, daß die Arbeit von neuem aufgenommen wurde.

¹ Zur Entstehung d. d. Stadtverfassung I u. II in v. Sybels Histor. Zeitschr. Bd. 58 u. 59. — Die Entstehung d. d. Stadtgemeinde. Düsseldorf 1889. — Der Ursprung d. d. Stadtverfassung. Düsseldorf 1892, und eine Reihe kleinerer Arbeiten.

² Die Entstehung d. d. Städtewesens. Leipzig 1890.

³ Lehrbuch d. d. Rechtsgeschichte, Leipzig 1889, bes. S. 588 ff. Zweite Aufl. Leipzig 1894, S. 600 ff.

⁴ „Weichbild“ in „Aufsätze dem Andenken an G. Waitz gewidmet“. Hannover 1886. Die Stellung der Rolandssäulen i. d. Rechtsgeschichte, Schriften des Vereins f. d. Geschichte Berlins, Heft 27. Berlin 1890.

⁵ Leipzig 1891, Bd. II.

⁶ Bd. I. Straßburg 1892.

Dagegen würden manche Specialuntersuchungen der Allgemeinheit weit nützlicher geworden sein, wenn sich die Verfasser begnügt hätten zusammenzustellen, was sie Sicheres über die Verfassungsgeschichte ihrer Städte in Erfahrung bringen konnten, ohne die Lücken der Überlieferung durch Spekulation auszufüllen. Verzeihlich ist der Wunsch eine abgerundete Darstellung zu geben ja freilich.

Sollen nun im Folgenden einige der wichtigsten Fragen von neuem einer Untersuchung unterzogen werden, so ist vor allem dem Bedauern Ausdruck zu geben, daß es sich nicht vermeiden läßt, gerade an diejenigen Forschern die meiste Kritik zu üben, von denen man sich bewußt ist, am meisten gelernt zu haben.

Es ist nun, wie schon bemerkt, nicht die Absicht, eine Geschichte der deutschen Stadtverfassung in ihren Anfängen zu geben, es handelt sich auch nicht um ein Handbuch. Es kam also weder darauf an alle deutschen Städte und Alles was in ihrer Verfassungsentwicklung vorgekommen ist, zu erwähnen, noch darauf, Vollständigkeit in der Berücksichtigung aller verschiedenen Arbeiten oder aller über die einzelnen Punkte ausgesprochenen Meinungen zu erreichen. Ich hoffe, daß das was ich sage, genügend begründet ist, und daß ich nichts bei Seite gelassen habe, was geeignet gewesen wäre, zur Beantwortung der behandelten Fragen etwas Wesentliches beizutragen. Jedes Ding an seinem Ort. Unter Umständen ist ja eine Vollständigkeit, wie sie hier abgewiesen wird, geboten. Mir scheint aber, daß manchmal darin etwas gesucht wird. Bei dem unendlich Vielen, was geschrieben worden ist, war mit Allen sich auseinanderzusetzen unmöglich, sollte das Buch nicht in eine Reihe von Recensionen ausarten. Ansichten bloß zu registrieren, erscheint mir dagegen, außer in besonderen Fällen, wissenschaftlich zwecklos, und persönliche Rücksichten müssen schweigen.

Es kommt darauf an, immer wieder die Prinzipien zu untersuchen. Schließe ich mich dabei im Folgenden keiner der herrschenden Meinungen ganz an, und muß ich doch bei jeder mehr oder weniger Gutes anerkennen, so handelt es sich

natürlich auch nicht um einen Vermittlungsversuch. Es ist etwas Anderes, ob man — wofür es auf unserem Gebiet ein berühmtes Beispiel giebt — Widerstrebendes wohlmeinend zu vereinigen sucht und infolge davon selbst zwischen den Gegensätzen hin- und herschwankt, oder ob man darauf ausgeht, in den verschiedenen Theorien die Fehlerquellen zu entdecken, festzustellen, was an jeder richtig ist, und zu zeigen, wie die einseitig verteidigten Faktoren sich ergänzend in der Entwicklung zusammengewirkt haben.

Ein Punkt, dem besondere Aufmerksamkeit gebührt, ist das Verhältnis der rechtlichen und der wirtschaftlichen Momente. In einer Verfassungsgeschichte wäre eine ausführliche Darstellung der begleitenden wirtschaftlichen Entwicklung nicht am Platze, eine Wirtschaftsgeschichte ist eine Sache für sich. Es wird aber keinem Historiker oder Rechtshistoriker einfallen, darum die wirtschaftlichen Gesichtspunkte, soweit sich die Entwicklung der Verfassung nur durch sie verstehen läßt, außer Acht lassen zu wollen. Nötiger aber ist es, vor einer Vermischung der rechtlichen und der wirtschaftlichen Momente zu warnen. So sehr die Rechtsentwicklung durch die wirtschaftliche beeinflusst worden ist, so ist es doch verfehlt, wenn man sie ohne weiteres aus dieser erklären will. Das Recht ist konservativ und paßt sich nicht sofort jedem neuen wirtschaftlichen Bedürfnis an. In Wirklichkeit haben sich die Vorgänge nicht so glatt abgespielt, wie gewisse national-ökonomisch stark beeinflusste Schilderungen uns glauben machen wollen. Ebenso wenig sind natürlich neue Rechtsformen immer aus logischer Weiterbildung der ursprünglichen Rechtsgedanken zu erklären, so wertvoll es ist, sich auch den logischen Zusammenhang zu vergegenwärtigen. Es haben eben häufig rein praktische, äußerliche, politische Rücksichten mitgespielt. Alle diese Faktoren sind also soweit möglich einzeln zu verfolgen und gegen einander abzuwägen.

Eine weitere Frage ist die der Abgrenzung des Untersuchungsfeldes, zunächst lokal. Abgesehen von der Betrachtung einer einzelnen Stadt, giebt es verschiedene Möglichkeiten, die je besondere Vorteile bieten. Man hat einerseits empfohlen,

die Städte einer Landschaft mit möglichst gleicher Rechtsentwicklung zusammen für sich zu behandeln. Andererseits die des gesamten germanischen Rechtsgebietes, wo die rechtliche Grundlage eine ziemlich einheitliche ist und die Zahl der Vergleichsgegenstände möglichst groß. Hier soll es sich um den zwischen beiden liegenden Begriff der deutschen Städte handeln. Jene beiden Möglichkeiten haben ihre Berechtigungen und ihre Vorzüge, mir scheint aber, daß das gleiche Recht schlechthin durchaus keine geeignete Grundlage für eine gemeinsame Behandlung abgibt. Die Ausbildung der Verfassung ist zu sehr von anderen Umständen abhängig gewesen. Das zeigt sich schon bei den Städten einer einzelnen Landschaft, wo dann noch die eigentümliche Affiliation der Städte bewirkt, daß manchmal das in einer Stadt gültige Recht dem einer entfernten Provinz angehört. Was aber den großen Kreis des germanischen Rechtes betrifft, so scheint es mir für die Verfassungsgeschichte wenigstens zunächst durchaus notwendig, die nationalen Grenzen innezuhalten. Man mag einzelne Erscheinungen zum Vergleich heranziehen, aber eine so vollkommene Gleichheit auch durch das fränkische Recht auf einem Teile des deutschen und des französischen Gebiets hergestellt worden sein mag, so wäre es doch verfehlt, für die Verfassungsgeschichte diesen Bezirk als Einheit zu nehmen¹.

¹ Ernst Mayer veröffentlicht in „Germanistische Abhandlungen zum siebzigsten Geburtstag Konrad von Maurers“ (Göttingen 1893, S. 375 bis 488) eine Untersuchung über „Zoll, Kaufmannschaft und Markt zwischen Rhein und Loire bis in das 13. Jahrhundert“. Er wählt dieses Gebiet als dasjenige, auf dem „erst römisches Recht und später fränkisches Recht gegolten hat“ (S. 377). Allein die wirtschaftlichen und rechtlichen Zustände, die auf französischem Boden durch die gallische und römische Kultur geschaffen waren, bildeten für alle weitere Entwicklung eine Voraussetzung, die es verbietet, sie mit den grundverschiedenen deutschen zusammen zu behandeln. Hatten sich in den linksrheinischen deutschen Gebieten unzweifelhaft Reste der gallisch-römischen Kultur erhalten, und war hier die wirtschaftliche Entwicklung der des inneren Deutschland um ein nicht Unbeträchtliches voraus, so kann dieser Unterschied doch nicht als so durchgreifend erachtet werden, wie der durch ein entschiedenes Vorwiegen deutscher oder romanischer Bevölkerung bedingte. Vgl. Brunner, Deutsche Rechtsgeschichte, Bd. I, S. 1 u. 2 über die örtliche

Gewisse Grenzgegenden nehmen eine zweideutige Stellung ein. Im allgemeinen aber ist daran festzuhalten, daß die Ausgangspunkte für die Verfassung auf deutschem und auf romanischem Gebiete wesentlich verschiedene waren. Und trotz aller Parallelen, die sich ziehen ließen, hat sich diese Verschiedenheit später bewährt. Besser liesse sich noch das Wenige verwenden, was wir von den englischen Städten vor der normannischen Eroberung wissen, weil wir es da mit den Anfängen einer städtischen Entwicklung auf rein germanischem Boden zu thun haben¹. Alles in Allem bleibt doch das eigentlich deutsche Gebiet die am schärfsten abgegrenzte Einheit. Verfehlt ist auch die Trennung von Ober- und Niederdeutschland².

Innerhalb des deutschen Gebietes sind sodann natürlich landschaftliche Eigentümlichkeiten möglichst zu berücksichtigen. Mehr aber andere. Die alte Einteilung der Städte in königliche, bischöfliche und Landstädte ist zwar gut, soweit gewisse, mehr äußerliche Gesichtspunkte in Frage kommen, hier aber, wo es sich um die allgemeinen Principien der Verfassungsentwicklung handelt, nicht zu gebrauchen. Wenn man ein durchgreifendes Einteilungsprincip aufstellen will, so kann das nur ein chronologisches sein. Es kommt sehr viel auf die Zeit

Abgrenzung seines Themas, und Bd. II, S. 1 f. S. 2¹ u. S. 6 über den Unterschied der Gebiete mit deutscher und mit gallo-römischer Bevölkerung. Jene eigentümliche Abgrenzung nicht minder als andere Eigentümlichkeiten der Methode würden auch dann eine Auseinandersetzung mit Mayers interessanter Abhandlung erschwert haben, wenn bei ihrem Erscheinen die hier vorliegende Arbeit nicht schon im wesentlichen vollendet gewesen wäre. Jenen historischen Voraussetzungen Rechnung getragen hat dagegen Rietschel in seiner dankenswerten Schrift „Die Civitas auf deutschem Boden bis zum Ausgange der Karolingerzeit“ (Leipzig 1894).

¹ Vgl. jetzt am besten Hegel, Städte und Gilden, Bd. I. Erstes Buch: England.

² Wenn Hegel in „Städte und Gilden der germanischen Völker“ Oberdeutschland von der Betrachtung ausschließt, so geschieht das natürlich nur aus dem besonderen Grunde, daß ihm daran liegt, die Nichtigkeit der Gildetheorie zu erweisen, für die von ihren Anhängern für Oberdeutschland keine Gültigkeit beansprucht worden war. Vgl. Bd. II, S. 321, und Nitzsch, Über d. niederd. Genossenschaften des 12. u. 13. Jahrhunderts, Monatsberichte der preuß. Akademie, 1879, S. 5 f.

des Entstehens der einzelnen Stadt, aber auch auf andere Umstände an. Als eine erste Gruppe sind die alten, ehemals römischen Bischofsstädte an Rhein und Donau zu betrachten, die unter sich wieder mannigfach verschieden sind. Eine zweite bilden die Städte, die seit etwa dem neunten Jahrhundert im inneren Deutschland emporkamen, und es scheint wenig auszumachen, ob das im Anschluß an einen Bischofssitz, einen königlichen Hof, oder sonstwie geschah. Eine dritte Gruppe machen die seit Ende des elften Jahrhunderts künstlich angelegten Gründungen, denen gleich ein fertiges Stadtrecht erteilt wurde, wie es sich inzwischen in den älteren Städten entwickelt hatte, aber vielleicht in verbesserter Gestalt. Wenig Wert endlich für die Betrachtung haben die meisten der späteren Landstädtchen seit etwa dem Ende des dreizehnten Jahrhunderts, Dörfer, denen Rechte zugelegt wurden, wie sie bis dahin nur in Städten aufgekommen waren, die damit im Rechtssinn zwar zu Städten wurden, im übrigen aber Dörfer blieben. Diese Einteilung beansprucht aber natürlich nur eine ganz allgemeine Geltung. Man hat in letzter Zeit aus der Erforschung der einfacheren Zustände der künstlich gegründeten Städte wichtige Schlüsse gezogen, diese aber für die älteren Städte, die Bischofsstädte an Rhein und Donau, mit ihren verwickelten Verhältnissen noch wenig ausgenutzt¹. Mit diesen, in denen die Ausbildung der Stadtverfassung angefangen hat, werden wir uns vorzugsweise beschäftigen. —

Es handelt sich bei der Entstehung der deutschen Stadtverfassung nun um zwei Hauptentwicklungsreihen, um die Entstehung der Stadtgerichtsverfassung und um die Entstehung der Stadtgemeindeverfassung. Diese sollen

¹ Vgl. namentlich Schulte, Über Reichenauer Städtegründungen, Zeitschr. f. d. G. d. Oberrheins, N. F., V. S. 138. Aber auch er erkennt wenigstens, daß es wichtig ist, die aus der Verfassung seiner Marktstädte gewonnenen Folgerungen an der der älteren Städte mit schwierigeren Verhältnissen zu prüfen. S. 167¹. Vgl. dagegen Arnold, Verfassungsgesch. d. d. Freistädte (1854) Bd. I S. 187: „Die Stadtfreiheit aber ist nicht in den kleinen Marktplätzen entstanden, sondern in den uralten Bischofssitzen u. s. w.“

getrennt behandelt werden. Die deutschen Städte bildeten im Mittelalter besondere Bezirke der öffentlichen Gerichtsverfassung, und es ist eine der Fragen, die die Forschung am meisten beschäftigen, wie sie dazu gelangt sind. Die Organisation dieser öffentlichen Stadtgerichte entspricht der der öffentlichen Gerichte auf dem Lande. Die zahlreichen lokalen Verschiedenheiten, die früher die Forschung stark beschäftigt haben, sind nicht von principiellm Interesse. Volle Inhaberin der ordentlichen Gerichtsbarkeit wird die Stadt selbst aber erst spät und vielfach überhaupt nicht. Ob, wann, und wie sie es im einzelnen Falle wurde, ist eine Frage des Grades von Selbständigkeit, den die einzelne Stadt erreichte, und kann uns hier dem Plane der Arbeit gemäß nicht beschäftigen. Bei der Stadtgemeinde handelt es sich darum, wie die Verfassung, die jede deutsche Ortsgemeinde kraft ihrer Autonomie für gewisse Dinge von Hause aus besitzt, sich in der Stadt eigentümlich ausgebildet hat, bis zur Entstehung des Rates. Damit ist die Frage nach Ursprung und Entstehung der Stadtverfassung abgeschlossen und beginnt eine neue Zeit. Es mag aber schon gleich hier gesagt werden, daß die Entstehung des Rates selbst kein großes Rätsel ist, sondern sich als ein ganz natürlicher Vorgang darstellt, nachdem einmal die Voraussetzungen erkannt sind.

I.

Das Stadtgericht.

Die Stadt besaß im Mittelalter in Deutschland die Eigentümlichkeit, daß sie zugleich einen Bezirk der öffentlichen Gerichtsverfassung und eine Ortsgemeinde war. Der Nachweis, daß die Ortsgemeinde keine Abteilung der öffentlichen Gerichtsverfassung bildet, daß „der Reichsverfassung, der fränkischen wie der deutschen, eine Ortsgemeindeverfassung unbekannt ist,“ wird wesentlich Sohm verdankt¹. Allerdings hatte schon kurz vor ihm G. L. v. Maurer auf den principiellen Unterschied zwischen der öffentlichen Gerichtsverfassung und der Stadtverfassung hingewiesen². Allein bei seiner Herleitung der Stadtverfassung aus der Markverfassung mochte dieser Hinweis keinen großen Eindruck machen. „Die Gerichte, welche Stadtgraf und Stadtschultheiß in Ausübung der öffentlichen Gerichtsbarkeit in den Städten mit den städtischen Bürgern abhalten, sind keine städtischen, sondern Grafschaftsgerichte. Umgekehrt sind die Gerichte, welche der Stadtrat gleich dem Bauermeister des Sachsenspiegels verwaltet, städtische aber keine öffentlichen Gerichte.“ „Die Ortsgemeindeverfassung ist Verfassung nur kraft Korporationsrechts, nicht kraft Reichsrechts.“ Diese

¹ Fränkische Reichs- und Gerichtsverfassung (Weimar 1871) S. 231 f.

² Geschichte der Städteverfassung (Erlangen 1869) I S. 157.

Sätze Sohms¹ müssen fortan den Ausgangspunkt für jede Betrachtung des gesamten Verfassungswesens unserer Städte abgeben. Ihre Richtigkeit und ihr Wert soll sich aus dem Ganzen des Folgenden erweisen. Es wird aber gestattet sein, in Übereinstimmung mit dem allgemeinen Gebrauche von Sohms Bezeichnungsart abzuweichen und die öffentlichen Gerichte in der Stadt Stadtgerichte zu nennen, was sich aus praktischen und aus historischen Gründen zugleich empfiehlt. Sie sind, wenn auch nicht städtischen Ursprungs, doch für die Stadt da und auf die Stadt beschränkt.

Die Voraussetzung für einen Stadtgerichtsbezirk bildet natürlich das Vorhandensein einer Stadtgemeinde. Wenn im Folgenden gleichwohl zuerst die Stadtgerichtsverfassung behandelt wird und dann erst die Stadtgemeindeverfassung oder Stadtverfassung im engeren Sinn, so geschieht das, weil erstere in der Entwicklung zuerst Besonderheiten zeigte und dadurch für die besondere Entwicklung der Gemeinde die Bahn freimachen half. Durch die Herstellung eines Stadtgerichtsbezirks wurde rechtlich die Stadt. Die Stadtgemeinde muß zwar von Anfang an eine Verfassung gehabt haben, diese aber war noch primitiv und von der Verfassung einer ländlichen Ortsgemeinde in nichts verschieden. Ihre eigentümliche Ausbildung erhielt die Stadtverfassung erst später. Die Erhebung der Städte zu besonderen Bezirken der öffentlichen Gerichtsverfassung ist nicht als ein der Stadtgemeinde verliehenes Privileg zu betrachten, so sehr diese auch Vorteil daraus zog, sondern sie ist ursprünglich lediglich im öffentlichen, im Reichsinteresse geschehen.

Es handelt sich hier um eine Frage, deren Beantwortung von großer Bedeutung für die Beurteilung des Ursprungs der Stadtgerichtsbezirke ist, wobei aber bisher das Bild, das man sich von jenen Zeiten machte, eine übergroße Rolle gespielt hat. Nach einer Auffassung wären die Städte zu besonderen Gerichtsbezirken erst erhoben worden, nachdem die Stadtgemeinde sich soweit entwickelt hatte, daß sie selbst auf die

¹ a. a. O.

Exemption antragen konnte¹. Diese Auffassung scheint bei ihrem jüngsten Vertreter wohl hervorgerufen durch die von ihm verfochtene Theorie von dem Ursprung der Stadtgemeinde aus der Landgemeinde. Da er sich aber zu den angeführten Sohmschen Sätzen bekennt², und somit anerkennt, daß die Stadtgerichtsverfassung und die Stadtgemeindeverfassung zwei von Grund getrennte Dinge sind, so wird er vielleicht geneigt sein zuzugeben, daß wenigstens keine Notwendigkeit vorliegt, die Herstellung von besonderen Stadtgerichtsbezirken auf ein Vorgehen der Gemeinde zurückzuführen. Darüber, welchen Grad allgemeiner Bedeutung einige Städte bis zum zehnten Jahrhundert erreicht gehabt haben mögen, wird in anderen Teilen dieser Arbeit einiges angeführt werden. An dieser Stelle, und ehe die entscheidenden Urkunden über die Gerichtsbezirke selbst befragt werden, soll zunächst die allgemeine Möglichkeit dafür erörtert werden, daß etwa im zehnten Jahrhundert gewisse Städte für sich Bezirke der öffentlichen Gerichtsverfassung bildeten³. Es fragt sich sodann, ob nicht die be-

¹ v. Below, Hist. Zeitschr. 59, S. 211: „Nach der herrschenden Ansicht haben Könige und Bischöfe schon zwei oder gar drei Jahrhunderte vor der Geburt der Stadt ihr das Haus gebaut, in dem sie später wohnen sollte. — Erwachsen aber ist die Stadt in dem Hause, das ihr ihre Mutter, die Bauerschaft, bot. Das Streben nach einem besonderen Gerichtsbezirk fällt mit den anderen Regungen der Selbständigkeit zusammen, welche wir bei den Bürgern bemerken; und diese treten sämtlich erst im 12. Jahrhundert (früher nur ganz vereinzelt) hervor.“ Derselbe, Ursprung d. d. Stadtverfassung (1892) S. 84 f.: „In dem Zeitalter der Ottonen waren Handel und Gewerbe, war städtisches Leben wohl noch zu wenig entwickelt, als daß sich das Bedürfnis nach einem besonderen Stadtgerichtsbezirk schon hätte einstellen sollen u. s. w.“

² v. Below, Hist. Zeitschr. 59, S. 204.

³ Es freute mich, eine Bestätigung dieser Ansicht in der schon erwähnten Dissertation von Rietschel, die Civitas auf deutschem Boden bis zum Ausgange der Karolingerzeit, zu finden. Hier sei daraus nur eins erwähnt. Unter den Merovingern gab es auf deutschem Boden zwölf Bischofssitze, die sich alle aus römischer Zeit erhalten hatten: Augsburg, Chur, Konstanz, Basel, Metz, Straßburg, Speier, Worms, Mainz, Köln, Trier, Tongres-Lüttich. Nur war Konstanz übertragen worden von Vindonissa, Basel von Augusta Rauracorum. Gerade diese Übertragungen, wo der ursprüngliche Sitz zerstört war, beweisen, daß in den anderen

günstige Stellung im öffentlichen Recht den Städten das wirtschaftliche Aufblühen oder wenigstens der Gemeinde das Erringen einer einigermaßen selbständigen Stellung erst ermöglicht hat.

Fällen auch die Städte selbst nicht untergegangen waren. Das wird bestätigt durch den ausschließlichen Gebrauch des Wortes *civitas* bei jenen zwölf deutschen Städten in karolingischer Zeit, nachdem in Deutschland neue Bistümer gegründet waren. *Civitates* hießen nämlich in Gallien in spätrömischer wie in merovingischer Zeit die Bischofssitze (Rietschel, S. 27). Andere deutsche Städte werden unter den Karolingern gelegentlich *civitates* genannt, jene zwölf regelmässig und zum Teil an einer außerordentlich grossen Zahl von Stellen (Rietschel, S. 44 ff.). Als dreizehnte gesellt sich Regensburg dazu, erst seit dem achten Jahrhundert Bischofssitz, aber die feste Hauptstadt der Agilolfinger und der deutschen Karolinger. Bezeichnend ist, wie bei Konstanz der Titel *civitas* dem Bistum gefolgt ist: vorher war es ein blosses *castellum*. Dagegen blieb Tournes *civitas*, weil offizieller Sitz des Bistums, auch nachdem mit der nach Maastricht, später nach Lüttich verlegten Residenz der landläufige Name des Bistums gewechselt hatte. (Rietschel, S. 52.) Ausser jenen Städten hatte sich aber noch eine ganze Reihe *castella* als befestigte Orte erhalten. (Rietschel, S. 34 ff.)

I. Kapitel.

Der Stadtgerichtsbezirk.

a. Die Ottonischen Privilegien.

Nach der deutschen Gerichtsverfassung war ursprünglich das ganze Land von einem Netze gleichartiger Gerichtsbezirke bedeckt, den Hundertschaften, von denen immer mehrere zu einer Grafschaft vereinigt waren. Vielleicht läßt sich kein Zeitpunkt anführen, an dem dieses System lückenlos durchgeführt war: immerhin ist dies das Princip. Im Laufe der Zeit jedoch gingen damit die größten Veränderungen vor sich. Einerseits fand eine Zerkleinerung der Gerichtsbezirke statt, die auf die zunehmende Dichtigkeit der Bevölkerung und die ausgedehntere Besiedelung des Landes zurückzuführen sein wird. Andererseits wurde das System der öffentlichen Bezirke von einer stets wachsenden Zahl immuner Gebiete unterbrochen. Endlich hatten die Wandlungen im Wesen der öffentlichen Ämter zur Folge, daß die Gerichtsbarkeit in gewissen Bezirken dem ursprünglichen Beamten entzogen und anderen übertragen wurde. Der erste und der dritte dieser Vorgänge wurden für die Entwicklung des Städtewesens von hervorragender Bedeutung. Denn nach dem Wortlaut gewisser Urkunden des zehnten Jahrhunderts müssen damals schon einige Städte Gerichtsbezirke für sich gebildet haben, und gerade in diesen Städten, die sich auch zu Bischofssitzen geeignet erwiesen hatten, wurde die Gerichtsbarkeit auf den Bischof übertragen,

der sie durch seinen von dem König unmittelbar mit dem Bann beliehenen Vogt ausüben liefs.

Im neunten und zehnten Jahrhundert hat man sich die Bevölkerung auch der wirtschaftlich vorgeschritteneren Teile Deutschlands noch als sehr dünn zu denken, aber als in beständiger Zunahme begriffen und immer mehr Kulturland der Wildnis abgewinnend. Die Gesamtheit der Bewohner einer ursprünglichen Hundertschaft, oder des regelmässigen Gerichtsbezirks, wird man nur äusserst niedrig schätzen dürfen. So konnte, als mit der Zunahme der Bevölkerung die Gerichtsbezirke zerkleinert wurden, recht gut eine Ansiedelung einen Gerichtsbezirk für sich abgeben, die sich auch nur ein wenig durch stärkere Einwohnerschaft und wirtschaftliche Bedeutung vor der Masse der Ansiedelungen auszeichnete¹. Hiergegen werden auch die Vertreter der Markrechttheorie mit ihren exempten Kaufmannsansiedelungen nichts einzuwenden haben. Und dasselbe bestätigen die zahlreichen späteren Land- und Reichsstädtchen, die bei sehr geringer Einwohnerzahl und, nebenbei bemerkt, fast ganz bäuerlichen Wirtschaftsverhältnissen dennoch exempte Gerichtsbezirke bildeten. Nur manchmal waren schwere Kriminalfälle dem Hofgericht des Landesherrn vorbehalten. Kam es doch vor, dass einzelne Dörfer als Hochgerichtssplitter mit eigenem Hochgericht übergeblieben waren und sich erhielten². Wie dem aber auch gewesen sein mag,

¹ Das giebt eigentlich v. Below auch zu in dem, was er Hist. Zeitschr. 59 S. 216 f. über die Isolierung der Hundertschaften sagt: S. 217: „Nachdem die Isolierung der Hundertschaften erfolgt war, hatten die Bürger der Stadt, deren Gebiet mit einer Hundertschaft zusammenfiel, ihren Gerichtsstand ausschliesslich in der Stadt.“ Ähnlich ebendort weiter unten. Nur lässt er das Zusammenfallen ein zufälliges sein.

² Vgl. Lamprecht, Deutsches Wirtschaftsleben im Mittelalter, I. S. 189. (Leipzig 1886.) Das ist freilich, mag es nun selten oder häufig vorgekommen sein, eine abnorme und zufällige Bildung. Von den Landstädtchen kann man das aber nicht sagen. Auch in den Fällen, wo die schweren Kriminalfälle an das Hofgericht gezogen wurden, wurde dadurch die Eigenschaft der Stadt als Gerichtsbezirk kaum gemindert, denn sie wurde doch auch in diesem Fall nicht mit einem Landbezirk verbunden. Die ganz unabhängigen Reichsstädte waren oft nicht gröfser und „städtischer“.

der Wortlaut der Urkunden läßt keinen Zweifel darüber, daß im zehnten Jahrhundert Städte Gerichtsbezirke für sich gebildet haben. —

Gegenüber der zunehmenden Eigenmacht und der oft erfahrenen Unzuverlässigkeit des weltlichen Adels sahen sich die deutschen Könige genötigt, Stützen ihrer Politik in den Kirchenfürsten zu suchen, wie im zehnten Jahrhundert die Ottonen, so noch im zwölften Friedrich I. Deshalb wurde in bestimmten Bezirken die Regierungsgewalt, wobei in erster Linie die Gerichtsbarkeit in Frage kam, auf die Bischöfe übertragen, und zwar in Bezirken von sehr verschiedener Größe. Darin aber, daß dem einen Bischof die Regierungsgewalt in einer oder mehreren Grafschaften verliehen wurde, ist gewiß kein Grund zu sehen, warum es sich nicht bei einem anderen allein um seine Bischofsstadt handeln konnte¹. Nun hätte nach Eichhorn² und Anderen diese Übertragung der Gerichtsbarkeit in einer Bischofsstadt auf den Bischof zugleich die Aussonderung der Stadt aus dem Landgerichtsverbande bewirkt, wäre also der Ursprung der ersten Stadtgerichtsbezirke. Ferner gilt neben Eichhorn namentlich Heusler als Vorstufe zu jener Übertragung die Ausbildung der Immunität des Kirchengutes³. Ein unmittelbarer Zusammenhang soll — wie am schärfsten Eichhorn betont⁴ — zwischen den beiden Vorgängen allerdings nicht bestanden haben; vielmehr soll durch die Übertragung der öffentlichen Gerichtsbarkeit in der Stadt auf den Bischof die Immunität des dort gelegenen Kirchengutes aufgehoben, die

¹ v. Below, Hist. Zeitschr. 59, S. 210 führt das als Argument an.

² Zeitschr. f. geschichtl. Rechtswissenschaft I (Berlin 1815) S. 211 ff.

³ Eichhorn a. a. O. Heusler, Urspr. d. d. Stadtverfassung, S. 14 ff., S. 33. Gaupp, Über deutsche Städtegründung, Stadtverfassung und Weichbild (Jena 1824) S. 65 ff., S. 71 f. In gewissem Sinne auch Arnold, Verfassungsgesch. d. d. Freistädte Bd. I, S. 27 ff.; vgl. jedoch unten Kap. I b. Ich halte mich im Folgenden hauptsächlich an Heusler, der unter den Neueren die Sache am ausführlichsten behandelt hat.

⁴ Eichhorn a. a. O. S. 223. Auch Heusler S. 45 bezeichnet die Übertragung der Gerichtsbarkeit als „etwas wesentlich Neues, das sogar den specifischen Immunitätsbegriff aufhebt und zerstört“. Er bringt aber beides, wie sich zeigen wird, in engsten Zusammenhang.

ganze Stadt dem öffentlichen Recht zurückgegeben sein, dessen Verwaltung nun nur in anderen Händen lag.

Heusler schildert nun¹, wie die Immunität von dem zerstreut liegenden Kirchengut allmählich ausgedehnt worden sei über den dazwischen liegenden Besitz anderer Eigentümer. In dem so abgerundeten Bezirk sei dann der Kirche, „dem Grundherrschaft²“, die Gerichtsbarkeit verliehen worden. So sei es auf dem Lande gewesen und so in der Stadt. Es muß dagegen jedoch bemerkt werden, daß ein solcher Vorgang mindestens in den Städten, von denen Heusler spricht, nicht stattgefunden hat; daß sich für die Einbeziehung des gesamten Grund und Bodens der Stadt in das Immunitätsgebiet keine Belege anführen lassen³; daß vielmehr später immer noch in der Stadt das immune Kirchengut von dem allgemeinen, öffentlichen Recht unterliegenden Boden der Stadt unterschieden wird, und zwar sowohl der Besitz des Hochstifts als der der verschiedenen anderen in jeder größeren Stadt begüterten Stifter⁴; daß dadurch kein Grund der Trennung der Stadt von dem weiteren Immunitätsgebiet gegeben wird; daß endlich bei den jüngeren Städten, die im inneren Deutschland im Anschluß an eine bischöfliche Kirche emporkamen, ebenfalls die Ansiedelung der Bürger, die einen besonderen Gerichtsbezirk bildete, außerhalb der Immunitätsgrenzen lag. Befragen wir nun die Quellen.

Heusler beruft sich für die äußere Abrundung des Immunitätsgebiets ausschließlich auf zwei Urkunden Ludwigs des Deutschen von 856 für das Wormser Petersstift⁵. Leider sind jedoch beide Urkunden gefälscht, wie schon vor Heuslers Zeit festgestellt war⁶. Wären sie aber auch echt, so würden

¹ a. a. O. S. 25 f.

² a. a. O. S. 34, S. 41, und passim.

³ Vgl. unten Teil II.

⁴ Hierauf hat namentlich v. Below, Hist. Zeitschr., Bd. 58 S. 233 ff. hingewiesen.

⁵ S. 26.

⁶ Boos, Urkundenbuch der Stadt Worms, Bd. I (Quellen z. G. d. St. W. I) Nr. 22, Nr. 23, woselbst Näheres. Ferner Böhmer-Mühlbacher, Regesta Imperii I, Nr. 1373 u. 1378. Vgl. jedoch Urk.-B. Nr. 28.

sie für seinen Satz doch nichts beweisen. Denn in der ersten handelt es sich um die Schenkung der fiskalischen Einkünfte in Worms¹, in der zweiten um die öffentlichen Gerechtsame — mit Ausnahme des Galgens und der Grafschaft — in einem Landgebiet. Von einer Übergangsstufe im Heusler'schen Sinn könnte die Rede nur sein, wenn sich Urkunden vorzeigen ließen, durch die es den öffentlichen Beamten verboten würde, den Bann auf zwischen Kirchengut belegenen Besitz Freier auszuüben.

Heusler meint nun, daß seit den Ottonen den Kirchen in dem so abgerundeten Immunitätsgebiet eine Gerichtsbarkeit mit Ausschluss jeglicher anderer Gerichtsbehörden verliehen sei: Er hätte seine Belege aber nicht unglücklicher wählen können². Neben einander führt er an Privilegien für St. Maximin, Prüm, Speier und Straßburg, die er für ganz gleichartig hält. Hätte er aber bei seinen Citaten die Angaben über die Bezirke mit abgedruckt, innerhalb deren den genannten Kirchen Rechte verliehen werden, so wäre der Unterschied zwischen den Privilegien für St. Maximin und Prüm einerseits, denen für Speier und Straßburg andererseits, sofort in die Augen gesprungen.

¹ Urk.-B. Nr. 22. Man kann wohl diese Verleihung der fiskalischen Einkünfte als Vorstufe zu der Verleihung der Gerichtsbarkeit betrachten, aber es sind eben nicht die Einkünfte aus einem Immunitätsgebiet. Daß auch gerade in Worms nicht die angenommene Ausdehnung der Immunität über die Stadt stattgefunden hat, beweist geradezu die Urkunde Otto's I. von 965, die die Immunität der „Wangionensis sedes vel aecclesia cum aecclesiis in Lobotonburg vel Winphina“ bestätigt, und in gewohnter Weise fortfährt: „nullusque iudex publicus vel . . . aliquis ex nostris sanctaeque dei aecclesiae fidelibus . . . in aecclesias vel paroechias cellas aut loca vel agros seu reliquas possessiones praedictae sedis . . . ad causas audiendas etc. etc. ingredi audeat.“ (Urk.-B. Nr. 32; Mon. Germ., Dipl. O. I Nr. 310.) Es ist völlig ausgeschlossen, daß die Stadt bei dieser Aufzählung übergangen worden wäre, wäre sie in dem immunen Gebiet eingegriffen gewesen. Man beachte auch, daß den fidelibus aecclesiae das Betreten des immunen Gebietes ad causas audiendas verboten wird. Wie stimmt das zu der vierzehn Jahre darauf verliehenen Gerichtsbarkeit des Vogtes in der Stadt? Vgl. dieselbe Anordnung für Speier unten S. 21.

² S. 34 ff.

Von einem abgerundeten Gebiet ist bei den beiden Abteien gar nicht die Rede.

Der Abtei Prüm gewährt Karl III. im Jahre 970, daß in ihren

res, ville, celle atque possessiones in quibuscunque sitae sunt provinciis

keine öffentlichen Beamten

locum habeant tenendi audientiam vel placitum, und daß

abbas suos advocatos habeat licentiam statuendi in cuiuscunque comitis mallum voluerit¹.

Die zerstreut im Lande wohnenden Leute des Klosters sind also nach wie vor der Gerichtsbarkeit der Grafen unterworfen, unter Vermittelung der vom Abte ernannten Vögte.

In dem von Heusler angeführten Privileg Ottos I. für St. Maximin vom 29. März 970 wird die

familia in predicta Trevirorum urbe aliisque imperii nostri civitatibus vel prefecturis habitans

von dem Besuch der Gerichte der Bischöfe, Herzöge und anderen richterlichen Beamten befreit und auf die Gerichte des Abtes und der von ihm ernannten Vögte verwiesen². Wo diese Gerichte gehalten werden, ist nicht gesagt. Wohl aber ist in

¹ Beyer, Mittelrh. Urk.-B. I Nr. 162.

² Beyer, a. a. O. Nr. 234. Hier giebt Heusler nicht zu erkennen, daß es sich nur um einen ganz bestimmten Teil der familia handelt. Die Stelle ist mit Rücksicht auf die spätere Entwicklung des Stadtrechts interessant. — Die Urk. ist „zweifelhafter Geltung“ nach M. G., Dipl. O. I. Nr. 391 S. 532, aber bestätigt durch Dipl. O. II. Nr. 42 a. 973. Der Herausgeber scheint dabei aber übersehen zu haben, was zur Frage der Gültigkeit jenes Otto I. vorgelegten Diploms gewiß von Wichtigkeit ist, daß der dem im Text angeführten entsprechende Passus in dem Diplom Ottos II. wesentlich anders lautet, nämlich:

in singulis civitatibus imperialibus vel prefectoriis liberam potestatem habeant intrandi et exeundi, vendendi et emendi, pascendi et adaquandi, eique opera imperialia vel comitalia funditus perdonamus.

Offenbar hat also die Forderung, daß Leute der St. Maximiner Familia, die sich in einer Stadt niedergelassen hatten, von dem betreffenden Stadtgericht eximirt sein sollten, Anstoß erregt, und nur die Freiheit von Steuern und anderen öffentlichen Leistungen ist erlangt worden. Ein Punkt,

den Privilegien der vier folgenden Herrscher für dasselbe Kloster, deren Nummern Heusler hinter seinem Citat der Urkunde von 970 in Klammern anführt, bei übrigens ziemlich abweichendem Inhalt auch nur von der Gerichtsbarkeit über die familia und auf dem Besitz des Klosters die Rede¹.

In jeder Hinsicht anders verhält es sich mit dem Speierer und dem Straßburger Privileg, denen sich ein gleichzeitiges für Worms und ein etwas jüngeres für Würzburg anfügen lassen. In allen diesen wird dem Bischofe klar und ausdrücklich die volle Gerichtsbarkeit in der Stadt, oder auch in der Stadt und einem bestimmten zugehörigen Gebiete übertragen. Besonders interessant ist dabei das Privileg Ottos I. für Speier von 969², — zugleich das älteste der Reihe, — da es einen zweiten Teil enthält, in dem im Gegensatz zu dem ersten von der Stadt handelnden, über das, wo es auch sei, zerstreutliegende Gut der Kirche Bestimmungen getroffen werden. In dieser Urkunde heisst es zunächst:

nullus comes vel ullus publicus iudex ex iudiciaria potestate
aut aliqua cuiuslibet potestatis ignota persona nisi solus ad-
vocatus familie sancte dei genitricis Marie in civitate Spira
vel Nemeta vocata aut foris murum eiusdem civitatis, idest

der für die Beurteilung der Entwicklung des Hofrechts und der Immunitäten einerseits, des Stadtrechts andererseits, immerhin von Wichtigkeit ist. Vgl. unten Kap. V b. über die servientes des Straßburger Domkapitels. — Die Bestätigungen Ottos III. und Heinrichs II. (vgl. nächste S.¹) schliessen sich dem Wortlaut Ottos II. an. Konrad II. sagt nichts darüber.

¹ M. R. U. B. I. Nr. 239. 261. 281. 301. (M. G., Dipl. O. II, Nr. 42, O. III. Nr. 62 und Stumpf 1401 u. 1901). — F. v. Wickedé, d. Vogtei in d. geistlichen Stiftern des fränkischen Reiches bis z. Aussterben d. Karolinger i. Deutschland (Lübeck 1886. Leipziger phil. Diss.) führt S. 43 ff. gegen Heusler eine lange Reihe karolingischer Privilegien ins Feld, die schon die Gerichtsbarkeit über die Kirchenleute auf die Vögte übertragen, und einige Ottonische zum Beweise, daß diese keine Neuerung bringen. Der Gegensatz zu den Stadtprivilegien tritt nur um so schärfer hervor; denn in all jenen Privilegien ist, bei mancherlei Verschiedenheit des Wortlauts, nur von der Gerichtsbarkeit über die Leute der Stifter die Rede, nie von einem abgerundeten Bezirk.

² Urkunden z. G. d. St. Speyer, v. Hilgard, Nr. 5. M. G., Dipl. O. I. Nr. 379.

in villa Spira que eidem urbi adiacens est, nullus ex iussione et concessione nostra deinceps publicus placitus presumat habere.

dann weiter:

nec ullus hominum ex fidelibus sancte dei ecclesie ac nostris in ecclesiis aut locis vel agris seu in reliquis possessionibus prefate ecclesie in quibuslibet pagis vel territoriis ad causas audiendas vel freda exigenda aut mansiones vel paratos faciendos aut fideiussores tollendos aut ullas redditiones vel inlicitas occasiones requirendas aut homines ipsius ecclesie, tam ingenuos quam servos, iniuste constringendos inire audeat.

Es ist also offenbar, daß die Stadt und das Kirchengut nicht bloß äußerlich unterschieden, sondern daß sie auch verschieden behandelt werden. Bei dem Kirchengut sind es die ganz regelmässigen Anordnungen der Immunitätsprivilegien, die hier gegeben werden¹. Auch hat Otto II. im Jahre 974 den die Stadt betreffenden Teil der Urkunde allein bestätigt², während Otto III. (989), Heinrich II. (1003), Konrad II. (1027) und Heinrich IV. (1061) auch den zweiten Teil in ihre Bestätigungen aufnehmen³.

In den Privilegien für die anderen Städte ist passend von dem Kirchengute garnicht die Rede.

Für Straßburg verordnet Otto II. 982⁴:

¹ Diesem zweiten Teil entspricht also bei Worms die in einer besonderen Urkunde erteilte Bestätigung der Immunität durch Otto I., einige Jahre vor der Verleihung der Gerichtsbarkeit in der Stadt. Vgl. oben S. 18 Note 1. Man bemerke, daß wiederum auch den fidelibus ecclesie das Betreten des Immunitätsgebietes verboten wird. — Ich habe aus diesen, den Meisten leicht zugänglichen Urkunden so lange Auszüge gegeben, weil eben doch nicht jeder gleich bei der Lektüre die Urkundenbücher zur Hand hat, und doch ohne den Text die Sachen nicht beurteilt werden können.

² a. a. O. Nr. 6. (M. G. D. O. II. Nr. 94.)

³ a. a. O. Nr. 7 (M. G. D. O. III. Nr. 55), 8, 9, 10.

⁴ Wiegand, Urk.-B. d. St. Straßburg I Nr. 45. M. G. D. O. II. Nr. 267. Bestätigt von Otto III. 988. A. a. O. Nr. 47. M. G. D. O. III. Nr. 49, wo der Druck in dem Straßburger Urk.-B. nicht angegeben ist.

„ne posthac sicuti nostri praedecessores statuerunt aliquis dux vel comes aut vicarius vel aliqua iudiciaria potestas infra praefatam Argentinam civitatem, quae rustice Strazburg vocatur alio nomine, vel in suburbio ipsius civitatis aliquod placitum vel districtum habere praesumat, nisi ille quem episcopus eiusdem civitatis sibi advocatum elegerit.“

Für Worms bestimmt ein Privileg Ottos II. von 979¹, nachdem es den Rest der fiskalischen Einkünfte

„sive ex ipsa urbe vel ex surburbio villeve adiacentis confinio provenientes“

dem Bischofe zugesprochen hat:

„nullaque iudiciaria persona in predicta civitate ullam deinceps exerceat potestatem preter ipsam, quam pastoralis dignitatis sollertia prefecerit advocatum.“

Ähnlich die Bestätigung durch Otto III. 985²

„et nullus comes vel iudex aut aliqua iudiciaria persona in predicta civitate Wangione u. d. e. p. p. nisi is solus, quem p. d. s. p. a.“

An den Bischof von Würzburg endlich verleiht Konrad II. 1030³

ibidem monetam publicam, naulum, mercatum cottidianum, theloneum et totius civitatis eiusdem districtum.

Schon längst besaßen die Würzburger Bischöfe mehrere Grafschaften in ihrem Sprengel, wie sie überhaupt unter den deutschen Kirchenfürsten eine hinsichtlich ihrer territorialen

¹ Boos, Urk.-B. d. St. Worms I Nr. 35. M. G. D. O. II. Nr. 199.

² a. a. O. Nr. 36. M. G. D. O. III. Nr. 12. Ich vermag nicht mit Koehne, Ursprung d. Stadtverfassung in Worms, Speier und Mainz S. 158, in dieser geringen Verschiedenheit des Wortlauts eine erhebliche Abweichung zu erblicken, aus der auf eine Veränderung im Wesen des bischöflichen Rechtes zu schliessen wäre.

³ Monumenta Boica Bd. 29 (1) Nr. 333. Stumpf, 2008. Merkwürdigerweise ist dies vielfach als Verleihung des „ganzen Stadtgebiets“ aufgefaßt worden. Z. B. Henner, d. herzogl. Gewalt d. Bischöfe v. Wirzburg (Würzburg 1874) S. 94. Gramich, Verfassung und Verwaltung d. Stadt Würzburg v. 13.—15. Jahrh. (Würzburg 1882) S. 4. Rosenthal, Gesch. d. Eigentums i. d. St. W. (Würzburg 1878) S. 3. Das kann es unmöglich heißen.

Herrschaft ausgezeichnete Stellung einnahmen¹. Da ist es um so bemerkenswerter, daß nun der Bann über die Stadt, und zwar die ganze Stadt, besonders verliehen wird.

Diese Übertragungen ganzer Grafschaften auf Bischöfe sind Heusler natürlich keineswegs unbekannt. Gerade die Art, wie er davon spricht, setzt seine Auffassung der „Ottonischen“ Privilegien ins klarste Licht. In den „Vergabungen ganzer Grafschaften an Bischöfe“ sieht er nur eine „analoge Erscheinung“, der die Verleihung der Gerichtsbarkeit in Städten und in den ländlichen Immunitäten einheitlich gegenübersteht². Bei den Grafschaften nimmt er also nicht die Einbeziehung des Gebietes in die Immunität an. „Während dort die Bischöfe die Grafenrechte über ein altes Grafschaftsgebiet erhalten, werden hier diese Befugnisse über neugeschaffenes Herrschaftsgebiet (Immunitätsland) verliehen“³. Das Richtige wäre gewesen, die Städte mit den Grafschaften zusammenzunehmen und Beide dem Immunitätsland entgegenzustellen.

Wenn man will, mag man einen ideellen Zusammenhang zwischen der Immunität und der Übertragung der öffentlichen Gerichtsbarkeit in Städten und Grafschaften auf die Bischöfe finden, mag in den Augen der Zeitgenossen ein solcher bestanden haben: in Wirklichkeit haben sie nichts miteinander zu thun⁴. Die Könige hätten solche Anordnungen

¹ Darüber eine ausgedehnte Litteratur, zuletzt und am besten v. Zallinger, *Mitteilg. d. Inst. f. Öst. Gesch.* XI S. 527—574 (1890). Die Verleihung der Gerichtsbarkeit in der Stadt scheint man zu der Frage des Herzogtums Würzburg in keine Beziehung gebracht zu haben. Zu beachten ist wieder, daß die Würzburger Kirche sich noch 1025 die Immunität ihrer Besitzungen bestätigen läßt, Stumpf 1888 (vgl. Brefsau, *Forschungen z. d. G.* XIII. S. 97), ganz in der gewöhnlichen Form. Die Grafschaften Waldsassen und Rangau waren ihr i. J. 1000 verliehen. *M. G. D. O.* III. Nr. 366. (Vgl. Zallinger a. a. O. S. 532.) Die Urkunde handelt ausführlich von der gräflichen Gerichtsbarkeit.

² Stadtverfassung S. 43 f.

³ a. a. O. S. 44.

⁴ Hegel, *Deutsche Städtechroniken*, Bd. VIII („Straßburg“ Bd. I.) S. 15 f. macht darauf aufmerksam, daß Otto II. in Straßburg die Gerichtsbarkeit verleiht „sicuti nostri praedecessores statuerunt,“ als handele es

auch treffen können, wenn es niemals eine Immunität des Kirchengutes gegeben hätte. Es handelt sich aber nicht um eine bloße Spitzfindigkeit, sondern um ein tiefergreifendes Prinzip. Nach der Heuslerschen Darstellung würde der Ursprung der Landeshoheit, wenigstens in den geistlichen Territorien, in der Grundherrschaft zu suchen sein: verwirft man diese Idee, so muß man auch Heuslers Lehre von den Ottonischen Privilegien verwerfen.

b. Der Ursprung der Stadtgerichtsbezirke.

Wir haben gesehen, daß die Stadtgerichtsbezirke der angeführten Urkunden nicht zu irgend einem Immunitätsgebiet in Beziehung zu setzen sind. Eine andere Frage ist, ob die Ottonischen Privilegien jene Stadtgerichtsbezirke schufen. Nach der Eichhorn-Heuslerschen Theorie wäre das geschehen: denn eben dadurch, daß in den Städten die Gerichtsbarkeit auf die Bischöfe übertragen wurde, würden sie aus ihrem Landgerichtsverbande ausgeschieden sein. Nur läßt Heusler — und das ist sehr wichtig für die Beurteilung seiner Auffassung — sie durchaus nicht etwa gleichzeitig gegenüber dem ländlichen Immunitätsgebiet derselben Kirche eine gesonderte Stellung einnehmen. Nach ihm wären in der nächsten Zeit nach dem Erlaß der Privilegien die Verfassungszustände in den Bischofsstädten und in den ländlichen Immunitäten der großen Abteien wesentlich gleich gewesen. Seit dem elften Jahrhundert aber

sich um nichts neues gegenüber der Immunität. Es ist dazu zu bemerken, daß sich diese Wendung nur in dem Straßburger Privileg findet, und daß gerade für Straßburg kein echtes Immunitätsprivileg erhalten ist. Vielleicht fällt dadurch etwas weiteres Licht auf die unechten Straßburger Privilegien. Daß die Straßburger Kirche die Immunität besessen hat, kann ja nicht zweifelhaft sein. In der 873 datierten Fälschung (Urk.-B. Nr. 32) wird erzählt, die bisherigen Privilegien der Kirche seien alle verbrannt. Vielleicht waren sie wirklich alle verbrannt, und man vergaß nur bei Anfertigung der Nr. 32, daß das echte Stück, das ihr zu Grunde gelegen hatte, mit verbrannt war und doch nicht selbst davon erzählen konnte.

wäre — hauptsächlich infolge des Interesses, das die Könige an den Städten nahmen, und des wirtschaftlichen Aufschwungs — eine verschiedene Entwicklung der Gerichtsgewalt eingetreten. Es wären in den ländlichen Gebieten die öffentlichen Charakter tragenden Gerichtsbeamten des Immunitätsherrn verdrängt worden, während es ihnen in den Städten gelungen wäre, ihren öffentlichen Charakter und den Zusammenhang mit dem Reich immermehr zur Geltung zu bringen¹. Heusler übersieht dabei aber, wie es scheint, daß die Bischofskirchen auch außer der Stadt ausgedehnten Grundbesitz hatten. Er entwickelt einen Gegensatz nur gegenüber den rein ländlichen Immunitäten der Abteien. Er teilt uns nichts darüber mit, wie er sich die Lostrennung der Stadt von dem übrigen Gebiet der Bischofskirche denkt, für das man doch zunächst denselben Vogt als thätig annehmen muß. Kurz, seine Theorie von den Ottonischen Privilegien und dem Immunitätsgebiet hat ihn überhaupt kein Prinzip für die Entstehung von Stadtgerichtsbezirken finden lassen. —

Gegen die Idee, daß die Ottonischen Privilegien überhaupt von Stadtgerichtsbezirken reden, wenden sich Arnold und von Below². Beide sind der Ansicht, daß solche erst entstanden seien durch die Privilegien, die seit dem zwölften Jahrhundert den Städten den Gerichtsstand ausschließlich vor dem Stadtgericht sicherten. In den Ottonischen Privilegien handele es sich um einen größeren Bezirk um den Bischofssitz herum. Es seien Handel und Gewerbe damals noch nicht so weit entwickelt gewesen, als daß von Stadtgerichtsbezirken habe die Rede sein können. Auch bei dieser Auffassung spielt die Verbindung, in die man die Ottonischen Privilegien zu der Entwicklung der Immunität bringt, eine Rolle. Demgegenüber spricht doch der Wortlaut der Urkunden zu deutlich. Die entscheidenden Stellen mögen hier noch einmal zusammen-

¹ Stadtverfassung S. 117 ff.

² Arnold, G. d. d. Freistädte Bd. I S. 128 ff. bes. S. 136. v. Below, Hist. Zeitschr. Bd. 59 S. 209 ff. Ursprung d. d. Stadtverfassung S. 85.

gestellt werden. Bei Worms wird die Gerichtsbarkeit überhaupt nur

in predicta civitate

verliehen. Wenn aber dieselbe Urkunde die Einkünfte des Fiskus

intra ductum nove et antique urbis

vergabt,

sive ex ipsa urbe vel ex suburbio villeve adiacentis confinio provenientes¹;

wenn es ferner bei Straßburg und bei Speier von der Gerichtsbarkeit heißt,

infra prefatam Argentinam civitatem . . . vel in suburbio ipsius civitatis²;

in civitate Spira . . . aut foris murum eiusdem civitatis, id est in villa Spira, que eidem urbi adiacens est³;

infra aut in circuitu extra civitatem Spira . . . nuncupatam⁴;

infra aut in circuitu extra civitatem, idest in villa Spira et in marca, que eidem urbi adiacens est⁵;

so sind das offenbar nur verschiedene Ausdrücke für einen Begriff, nämlich für die Stadt selbst und einen ganz bestimmten zu der Stadt gehörigen Bezirk vor den Mauern, eine vorstädtische Ansiedelung, die noch nicht in den Mauerring mit einbezogen war, oder auch die Gemarkung der Stadtgemeinde. Es liegt gar kein Grund vor, den Stadtgerichtsbezirk prinzipiell auf den Mauerring zu beschränken. Es kann gern innerhalb der Mauern ein höherer Friede gegolten und doch noch ein gewisses Gebiet vor den Mauern der Gerichtsbarkeit des Stadtgerichts unterstanden haben. Wie es später, nachdem das System der Exemptionen sich unendlich verbreitet und die Erblichkeit der Gerichtsherrlichkeiten sich befestigt hatte, mit jüngeren Städten gemacht wurde, kann dabei nicht in Frage

¹ Urk.-B. Nr. 35 a. 979. Nr. 36 a. 985. Vgl. S. 22.

² Urk.-B. Nr. 45 a. 982. Nr. 47 a. 988. Vgl. S. 21.

³ Urk.-B. Nr. 5 a. 969. Vgl. S. 20.

⁴ Urk.-B. Nr. 6 a. 974.

⁵ Urk.-B. Nr. 7 a. 989.

kommen¹. Auch nach Arnold soll nachher der „rein städtische Gerichtsbezirk . . . nur die Stadt selbst und ihre Gemarkung“ umfaßt haben², während v. Below sonst den Standpunkt vertritt, daß sich der Stadtgerichtsbezirk regelmäßig über die Stadtmark erstreckte³. Es ist schwer zu verstehen, was für ein „größeres umliegendes Gebiet“ diese beiden Forscher sich als Gegenstand der Ottonischen Privilegien denken.

Was die Frage betrifft, ob zur Zeit der Ottonen nicht „alle“ aber gewisse Städte schon Vorstädte hatten, was Arnold „sehr unglaublich“ erscheint⁴, so dürfte es sich zunächst fragen, was für einen Begriff Arnold mit dem Worte Vorstadt verbindet. Es ist gewiß nicht unglaublich, daß außerhalb der Mauer, — in dem Privileg für Speier von 969 ausdrücklich erwähnt⁵, — die natürlich nur den ältesten Teil der Niederlassung umfaßte, sich auch schon Menschen angesiedelt hatten. Jedenfalls ist die Frage nicht so und nicht durch den Hinweis abzuthun, daß das Wort suburbium oder suburbanum, das in jener Zeit oft genug vorkommt⁶, hie und da in einem recht

¹ Über die Beschränkung des Stadtgerichtsbezirks auf den Raum innerhalb der Mauer oder des „Etters“ vgl. Gothein, Wirtschaftsgeschichte des Schwarzwaldes Bd. I, Kap. I. Gewiß werden im allgemeinen die Mauern den Friedekreis der Stadt und den Bezirk des Stadtgerichts bezeichnet haben. Und nachdem einmal im einzelnen Falle diese Grenze gezogen war, an die von aussen andere Gerichtsbezirke anderer Herren stießen, war es natürlich nicht ohne weiteres leicht sie hinauszuschieben, weil dadurch fremde Rechte verletzt wurden. Entstanden aber die älteren Stadtgerichtsbezirke durch Zerkleinerung der ursprünglichen Gerichtsbezirke, so ist es kaum anders vorzustellen, als daß dabei die Stadtmark mit der Stadt verbunden blieb, wie es ja auch die Ottonischen Privilegien bestätigen. Daß das bei diesen Städten anders geworden sein sollte, nachdem sich ein besonderes Stadtrecht ausgebildet hatte, ist mir weder an sich wahrscheinlich, noch habe ich irgend ein sicheres Anzeichen dafür in den Quellen finden können.

² Arnold, Freistädte I. S. 136.

³ Ursprung d. d. Stadtverfassung S. 32 f.

⁴ Freistädte I S. 104 f. vgl. I S. 33 f.

⁵ Vgl. oben S. 26.

⁶ Vgl. Hegel, Lateinische Wörter und Deutsche Begriffe, Neues

weiten Sinne gebraucht worden ist. Bei Speier wird die Ansiedelung vor der Stadt als villa bezeichnet und diese wieder von der marca urbi adiacens unterschieden. Diese villa wird im Jahre 1084 von dem Bischof Rüdiger zur urbs erhoben, während gleichzeitig die Judenstadt mit einer eigenen Mauer umgeben wird¹. In dem Privileg für Worms aber von 979 ist ja sogar von einer nova et antiqua urbs die Rede². Noch besser aber sind wir über Straßburg unterrichtet. Hier urkundet schon im Jahre 722 der Herzog Adalbert in curte regia ville, die er

in suburbano civitatis novo
neu erbaut habe³. Das „novum“ zeigt doch wohl, daß es sich um einen ganz bestimmten Bezirk handelt. Im Jahre 791 wird in Straßburg ein Grundstück mit Haus

infra nova civitate
verschenkt⁴. Das dürfte vorläufig zur Genüge beweisen, daß zweihundert Jahre später die drei Städte schon einige Bedeutung haben konnten.

Es ist eine andere Frage, ob durch die Ottonischen Privilegien diese Städte mit ihren Gemarkungen eigene Gerichtsbezirke erst wurden⁵, oder ob sie solche innerhalb der ordentlichen öffentlichen Gerichtsverfassung schon waren, ehe die Gerichtsbarkeit in ihnen auf ihre Bischöfe übertragen wurde. Darüber wird ausdrücklich nichts gesagt. Es ist an sich aber recht gut möglich, daß sie wegen ihrer wirtschaftlichen und politischen Bedeutung schon vorher besondere Hundertschaften (oder auch Grafschaften) gebildet haben⁶. Den Umständen

Archiv 18 S. 215 f. u. unten Kapitel II b. über die Suburbien der gleichzeitig in Sachsen neu aufkommenden Städte.

¹ Urkunden z. G. d. St. Speyer, Nr. 11.

² Vgl. oben S. 26.

³ Straßb. Urk.-B. I Nr. 3.

⁴ Urk.-B. Nr. 20.

⁵ Dies nimmt an Schaub, Zur Entstehung der Stadtverfassung v. Worms, Speier und Mainz S. 50. (Jahresbericht des St. Elisabeth-Gymnasiums zu Breslau 1892.)

⁶ Arnold I S. 122 f. spricht von Burggrafschaften, die schon vor den Ottonischen Privilegien bestanden hätten. Die Gründe, die er dafür an-

nach ist es sogar wahrscheinlich. Gerichtsbezirke werden jedenfalls durch die Privilegien über den Gerichtsstand der Bürger auch nicht hergestellt. Die Übertragung der Gerichtsbarkeit auf die Bischöfe war auf alle Fälle von größter Wichtigkeit für die Städte, allein schon, weil dadurch die dauernde Herrschaft eines Grafengeschlechts über sie unmöglich gemacht wurde. Die Bedeutung der späteren Privilegien über den Gerichtsstand liegt dagegen in dem Schutz, den sie den Bürgern gerade gegen den Bischof gewährten¹. Denn der Stadtherr war, wer er auch sein mochte und was er auch für seine Unterthanen thun mochte, der natürliche Feind der aufstrebenden

giebt, sind dieselben, die ich für die erste Herstellung von besonderen Stadtgerichtsbezirken angeführt habe. Der Unterschied besteht nur in der Größe, in der man sich diese Bezirke denkt, wovon ich schon oben gesprochen. An Arnold schließt sich an Koehne, Der Ursprung d. Stadtverfassung in Worms, Speier und Mainz, Breslau 1890 (Gierkes Untersuchungen, 31. Heft) S. 152. Über einige Belege, die Koehne über den weiteren Bezirk der burggräflichen Gerichtsbarkeit beibringen will, vgl. Schaub, Worms, Speier und Mainz, S. 57²³⁹. Auch unten S. 34 ff. Waitz, Verfassungsgesch. Bd. VII, S. 42 meint dagegen, daß „manchmal“, wenn auch nur als Ausnahme, „die Wirksamkeit eines Grafen auf die Stadt beschränkt“ gewesen sei. — Ob die Stadtgerichtsbezirke ursprünglich Grafschaften oder Hundertschaften bildeten, ist von geringer Bedeutung. Vgl. unten Abschnitt c. Was aber den Begriff der Burggrafschaft betrifft, so hat der mit dem Stadtgerichtsbezirk überhaupt nichts zu thun, da zur Burggrafschaft, ihrem nächsten Zweck entsprechend, die Dörfer gehörten, die nach der alten Verfassung an dem Mauerbau sich zu beteiligen hatten.

¹ In den Urkunden selbst ist das freilich nicht gerade ausgedrückt. Hier pflegt von den Vögten die Rede zu sein, und öfter ist darunter offenbar nicht der Stadtvogt oder Stiftsvogt verstanden, sondern die Vögte auswärtiger Stifter und weltlicher Herren, deren Unterthanen in die Stadt gezogen waren und nun ihren Gerichtsstand vor dem Stadtgericht hatten. (Vgl. dazu unten Kap. V. d.) So für Speier, scheint es, a. 1111 (Urk. Nr. 14 S. 19): *ut nullus civium nostrorum extra urbis ambitum advocati sui placitum cogatur requirere*; für Mainz 1118 (Priv. Adelberts I., Forschungen z. d. G. Bd. 20, S. 443): *ut nullius advocati placita vel exactiones extra murum expeterent*. Ferner die *extrinseci iudices* des Privilegs Friedrichs I. für Osnabrück 1171 (Osnabr. Urk.-B. v. Philippi Bd. I Nr. 328), im Gegensatz zu den *civitatis rectores* derselben Urkunde (zu dem Ausdruck *rectores* vgl. unten Kap. V. c.. über die Straßburger

Selbständigkeit der Gemeinde. Und dieser Selbständigkeit konnte er vor dem mit Bürgern besetzten Stadtgericht wenig anhaben. So lange es ihm aber frei stand, Mißliebige aus der Stadt heraus vor ein anderes, von ihm abhängiges Gericht zu citieren, waren die Bürger in seiner Macht. Verschiedenheiten des Stadtrechts, das sich ausbildete und es den Bürgern erwünscht machte, nur vor Kennern dieses Stadtrechts zu Recht zu stehen, kamen gewiß hinzu. Aber hätte kein politischer Zwiespalt bestanden, warum hätte der Bischof seine Städer von dem Stadtgericht wegrufen sollen? So lange aber die Bürger nicht durch besondere Privilegien dagegen geschützt waren, mußten sie immer Gefahr laufen, vor ein anderes Gericht ihres Gerichtsherrn citiert zu werden.

Arnold¹ legt Wert auf einen Unterschied in der Ausdrucksweise der beiden Privilegien-Reihen, insofern in den jüngeren immer nur von Gerichten in der Stadt und außerhalb der Stadt, innerhalb und außerhalb der Mauern die Rede ist, dagegen nirgends von Vorstadt oder Gemarkung. Aber das liegt doch nur in der Natur der Sache. Das Stadtgericht tagte

rectores; und den Freiburger rector, Stadtrecht § 5). In dem Straßburger Privileg Lothars von 1129 (Urk.-B. I, Nr. 78) scheint unterschieden zu werden zwischen den Richtern, deren Gerichte außer der Stadt die Bürger nicht besuchen sollen, und den Vögten, deren Zinspflichtige in der Stadt wohnen. Im ältesten Straßburger Stadtrecht §§ 15, 16, 42 (Urk.-B. I, S. 468, 470) wird dem Schultheißen und Vogt verboten anderswo als an den vorgeschriebenen Stätten Gericht zu halten. (Vgl. unten Kap. V. c.) In Augsburg, Stadtrecht von 1104, bestätigt 1156 (Meyer, d. Stadtbuch v. Augsburg S. 312, Gaupp, Deutsche Stadtrechte d. M. II. S. 204), wird dem Vogt verboten, anders als zu den drei Echten Dingen zum Richten in die Stadt zu kommen. Dagegen ist die *insolita et deo odiosa advocatorum intrinsecus et extrinsecus exactio* desselben Privilegs (in dem von Friedrich I. herrührenden Teil, a. a. O. S. 309, resp. 199) die der fremden Vögte. — Betreffs der vielseitigen Bedeutung dieser Exemption vgl. noch die Stellen, wo den Bürgern verboten wird ein fremdes Gericht zu suchen, wie im Freiburger Stadtrecht § 25 (Altmann u. Bernheim, Ausgew. Urkunden S. 212; Maurer, in Z. G. O. R., N. F. Bd. I) und im Soester Stadtrecht § 17 und § 29 (Gengler, Deutsche Stadtrechte d. M. S. 441 f.).

¹ Freistädte I, S. 136. Vgl. oben S. 27.

eben in der Stadt, und nicht in der Stadt und Vorstadt. Von den Grenzen des Stadtgerichtsbezirks ist nicht die Rede.

In willkommener Weise beleuchten diese Entwicklung ein paar Privilegien für Städte im inneren Deutschland, aus noch ein wenig früherer Zeit als die angeführten Ottonischen. Schon im Jahre 965 hat Otto I.

bannum nostre regie vel imperatorie dignitatis in urbe
M a g a d a b u r g ¹

dem dortigen Moritzstift verliehen, und diesen Bann soll kein Graf oder Richter oder andere Person sich in eadem civitate anmaßen oder sonst eine Regierungsgewalt dort ausüben als allein das Haupt jener Kirche oder der Vogt, den es mit königlicher Genehmigung wähle. Zwischen die beiden Bestimmungen über die Verleihung und die Ausübung des Bannes ist der Satz eingeschoben:

et ne vel Judei vel ceteri ibi manentes negotiatores ullam aliunde nisi ab illo qui eidem ecclesie prefuerit districtiois aut discipline sententiam vel regulam sustineant.

Will man sich also nicht damit zufrieden geben, daß in der Urkunde von dem Bann in der Stadt die Rede ist, und unter Stadt ein „weiteres umliegendes Gebiet“, etwa den „Burgward“ Magdeburg, verstanden wissen, so wird man dennoch zugeben müssen, daß hier dem besonders städtischen, dem für die Weiterentwicklung wichtigen Teil der städtischen Bevölkerung noch einmal ausdrücklich der Gerichtsstand vor dem Vorsteher der Kirche zugesichert wird. Oder vor seinem Vogt; denn die nun folgenden Worte über die Ausübung des Bannes nehmen auf alles Vorhergehende Bezug.

Ganz ähnlich verhält es sich mit dem Privileg für Bremen aus demselben Jahre². Nachdem von der Errichtung eines Marktes und der Verleihung des Bannes, Zolles, der Münze und der sonstigen fiskalischen Einkünfte an jenes Stift die Rede gewesen ist, fährt die Urkunde fort,

¹ Urk.-B. d. Stadt Magdeburg I (Geschichtsquellen d. Provinz Sachsen 26. Halle 1892) Nr. 10. M. G. Dipl. O. I. Nr. 300.

² M. G. Dipl. O. I. Nr. 307. Brem. Urk.-B. I. Nr. 11.

quin etiam negotiatores eiusdem incolas loci nostrae tuitionis patrocínio condonavimus, precipientes hoc imperatoriae auctoritatis precepto, quo in omnibus tali patrocinentur tutela et potiantur iure quali ceterarum regalium institores urbium, nemoque inibi aliquam sibi vendicet potestatem nisi prefati pontificatus archiepiscopus et quem ipse ad hoc delegaverit.

In diesen Urkunden erblickt man den Keim der Freiheit, die die Bürger später erreichten. Einstweilen werden sie unter den Schutz eines geistlichen Stadtherrn und seines Vogtes gestellt, später bedürfen sie der kaiserlichen Hilfe gerade gegen diese. Das Eine war nicht nur der zeitliche Vorläufer für das Andere. Es war die Voraussetzung, aus der das spätere höhere Recht hervorgewachsen ist.

Dabei wird aber ferner nicht zu übersehen sein, daß die zuletzt angeführten Urkunden eine viel jüngere Klasse von Städten betreffen, Städte, die eben erst im Entstehen begriffen waren, während Straßburg, Speier, Worms, wie Köln, Mainz, Regensburg und andere schon eine längere Vergangenheit hinter sich hatten. Bei Magdeburg und Bremen mußten in der That erst Gerichtsbezirke hergestellt werden, daher hier die Bestimmungen über den Gerichtsstand der Einwohner, die bei den anderen fehlen. Wenn aber im inneren Sachsen alles dieses schon möglich war, so wird man schließen dürfen, daß am Rhein der gleiche Grad wirtschaftlicher Entwicklung schon viel früher eingetreten war.

c. Die Stadtgerichtsverfassung.

Es kommt hier nicht darauf an, die Stadtgerichtsverfassung an einzelnen Beispielen vorzuführen. Es genügt, auf die Abhandlungen zu verweisen, die über die Verfassungsgeschichten fast aller wichtigeren Städte vorliegen. Einer großen Mannigfaltigkeit der Formen liegt überall ein Schema zu Grunde, das der Landgerichtsverfassung im allgemeinen. Etwas von principieller Bedeutung muß jedoch noch besprochen werden, Fragen, die mit dem Grade der gerichtlichen Exemption der Städte zusammenhängen. Ausgeschieden bleibt dabei zunächst noch

die Frage, seit wann es in den Städten die Anfänge eines besonderen Rechtes gab. Es hat ja innerhalb der öffentlichen Gerichtsverfassung nicht jede Hundertschaft oder Grafschaft ihr eigenes Recht, vielmehr normal innerhalb eines größeren Verbandes alle das gleiche. In diesem Sinne können die Städte, die vorhanden waren, mit ihren Gemarkungen Gerichtsbezirke schon gebildet haben, ehe in ihnen ein besonderes Stadtrecht sich zu entwickeln angefangen hatte. Die Stadt war dann eine Hundertschaft, entweder mit anderen Hundertschaften zu einer Grafschaft vereinigt, oder isoliert.

Das Stadtgericht stellt sich dar, wie das Gericht der Hundertschaft, als echtes Ding verbunden mit den nötigen gebotenen Dingen. Es ist dabei gleichgültig, ob die Stadt isoliert ist oder nicht. Dem entspricht die Stellung des Stadtrichters. Die normale Stadtgerichtsorganisation entspricht genau der des Landgerichts, und diese Organisation zeigen mit Abweichungen nur in Äußerlichkeiten alle die größeren Städte, die sich auf natürlichem Wege entwickelt haben. Das echte Ding hält unter Königsbann der Vogt, regelmässig ein Edler, das gebotene Ding der Schultheiss, Centenar, dem der Vogt den Bann leiht. Es hat etwas für sich, den Centenar als den eigentlichen Stadtrichter zu bezeichnen, teils weil sein Gericht der Natur der Dinge nach am häufigsten in Anspruch genommen wurde, teils weil er regelmässig keine Gerichtsbarkeit ausserhalb des Stadtgerichtsbezirks besaß und besonders für das Stadtgericht ernannt war. Lässt sich dieses von dem Vogt nicht sagen, so ist er darum jedoch nicht weniger Stadtrichter, und die Exemption des Stadtgerichtsbezirks wird dadurch nicht gemindert. Noch weniger kann deshalb von einer Beschränkung der Zuständigkeit des Stadtgerichts auf die niederen Fälle die Rede sein¹.

¹ Vgl. die oben S. 29¹ angeführte Stelle über den Augsburger Vogt, der amtlich nur zu den drei echten Dingen die Stadt überhaupt betreten darf. Dagegen wird dort für den *urbis praefectus* bestimmt, daß er *cottidie in iudicio sedere debet secundum urbanorum iusticiam*. (Stadtbuch von Augsburg S. 312.) In Straßburg wird der Vogt, ein Edler, ausdrücklich als *advocatus civitatis* bezeichnet (Urk.-B. d. Stadt Straßburg

Es genügt auf das echte Ding der allgemeinen Gerichtsverfassung hinzuweisen, das zwar für die ganze Grafschaft kompetent, aber wesentlich Hundertschaftsgericht ist. Ebenso verhält es sich mit dem Stadtgericht. So lange die Stadt in einer Grafschaft eine Hundertschaft neben anderen Hundertschaften bildet, ist das echte Ding, das in der Stadt tagt, für die ganze Grafschaft zuständig wie die echten Dinge der übrigen Hundertschaften derselben Grafschaft¹. Wird die Stadt eximiert, so geht es ihr wie sonst einer isolierten Hundertschaft. Das Stadtgericht bleibt nach wie vor echtes Ding und als solches für die hohe Gerichtsbarkeit zuständig. Nur die gegenseitig übergreifende Kompetenz der verschiedenen echten Dinge innerhalb einer und derselben Grafschaft fällt für sie weg. Es tritt also vollständige Exemption ein. Diese vollständige Isolierung des Stadtgerichts wird nun aber keineswegs dadurch berührt, daß der Vorsitzende des echten Dinges etwa auch noch Gerichte außerhalb der Stadt besaß. Der Satz, daß jede Grafschaft ihren besonderen Grafen haben muß, kann hier nicht Anwendung finden. Es kommt hier der Gesichtspunkt ins Spiel, daß schließlich die Städte doch Gerichtsbezirke eigener Art waren, in denen sich auch ein besonderes Recht ausbildete, die keineswegs als normale Grafschaften gelten konnten. Hier wird die Urkunde des Bischofs Hermann II. von Münster über die Verleihung des Weichbildrechtes an Bocholt und die dadurch erfolgende Exemption dieser Stadt vom Jahre 1201 lehrreich². Der Ort hatte bisher in der Grafschaft des Sweder von Dingede gelegen. Durch die Verleihung des „Weichbild“-Rechtes wird

Bd. I, Nr. 78 unter d. Zeugen, a. 1129. Vgl. Nr. 180 S. 143 Z. 11, a. 1219), er wird auch nur mit Zustimmung der Bürger ernannt (ältestes Stadtrecht § 43, Urk.-B. I. S. 470. Vgl. auch die Einleitung des zweiten Stadtrechts, a. a. O. S. 477); aber er gehört nicht zu den vier rectores civitatis, in quibus urbis gubernatio consistit. (Vgl. unten Kap. V c.)

¹ „Das echte Ding nahm nur die allgemeine Dingpflicht einer Hundertschaft in Anspruch, war aber für Streitigkeiten aus dem ganzen Gau kompetent.“ Brunner, Rechtsgeschichte II, 219.

² Westfälisches Urkundenb. Bd. III, von Wilmans, Nr. 3. — Philippis Erklärung dieser Urkunde, Verfassungsg. d. westfäl. Bischofsstädte, Osnabrück 1894, S. 34 f. scheint mir verfehlt.

sie seiner Grafschaft entzogen. Um ihn aber zu entschädigen, wird ihm das neu errichtete Stadtgericht verliehen. In dem übrigen Gebiet der Grafschaft bleibt er natürlich unverändert Graf. Sein Jurisdiktionsbezirk ist also gewissermaßen in zwei Teile geteilt, in deren kleinerem das besondere, „Weichbild“ genannte Recht gilt; und dieser Umstand schließt es eben aus, daß eins der Gerichte der Grafschaft in Bocholt zuständig bleiben konnte. Die Urkunde sagt ja auch ausdrücklich, daß er auf das Recht der Grafschaft in der Stadt verzichtet habe, wofür ihm dann die Entschädigung zu teil wird¹.

Es wird sich kein Grund angeben lassen, weshalb nicht ein Vogt, der in der Stadt das echte Ding hält, auch für das Immunitätsgebiet der betreffenden Kirche der obere Richter sein sollte. Waren doch diese Männer selbst Grundherren, Grafen, oder gar Fürsten und besaßen also Gerichte, die zu der Stadt in gar keiner Beziehung standen².

Das alles festzustellen ist aber namentlich deshalb wichtig, weil dadurch — worauf schon hier hingewiesen werden soll — der Marktrechtstheorie der Boden entzogen wird. Denn danach wäre das Stadtgericht, von einem Marktgericht herstammend, eigentlich nur Schultheißengericht und nur für die niedere Gerichtsbarkeit zuständig, und die gerichtliche Exemption der Städte demgemäß ursprünglich nur eine partielle. Dieser Theorie steht der natürliche Ursprung der Stadtgerichte aus der allgemeinen öffentlichen Gerichtsverfassung entgegen. Was aber will es dem hierüber angeführten gegenüber besagen, wenn etwa später in künstlich angelegten Städten das Stadtgericht einheitlich organisiert wurde, es nur einen einzigen Stadtrichter gab? Vielmehr bestätigen gerade diese, die Territorialstädte, die Richtigkeit der obigen Auseinandersetzungen.

¹ Westfäl. Urkb. Bd. III, Nr. 619 a. 1257 nimmt sein Nachkomme Sweder von Ringenberg das Gericht zu Bocholt, die Grafschaft, und andere Güter und Einkünfte von dem Bischof Otto II. von Münster zu Lehen.

² Dieser Umstand, die auswärtigen größeren Interessen, führte so oft dazu, daß sie ihr Recht an dem Stadtgericht frühzeitig veräußerten, entweder an den Stadtherrn oder an die Stadt selbst. Es handelte sich dabei für sie hauptsächlich um die Einkünfte aus d. Gericht.

Die Stellung der Städte in den Territorien ist sehr verschieden. Das hängt grösstenteils von der wirtschaftlichen Bedeutung der einzelnen ab, ist aber wesentlich eine Frage der Entwicklung der Landeshoheit und der territorialen Organisation. Über der Stadt und dem Stadtrichter steht freilich der Territorialherr als höherer Richter für das ganze Territorium da. Aber die exempte Stellung der Stadt wird dadurch nicht gemindert. Sie bildet einen abgeschlossenen Gerichtsbezirk unter einem eigenen Richter und wird nirgends mit einem Landdistrikt zu einem Gerichtsbezirk verbunden; auch dann nicht, wenn, wie es bei kleineren Städten vorkam, die Aburteilung der schweren Kriminalfälle dem Stadtgerichte nicht belassen wurde. Dafs der Landesherr diese dann direkt vor sein Hofgericht zog, zeigt besonders deutlich, wie notwendig ein besonderer Gerichtsbezirk zum Wesen der Stadt gehörte. Bei den gröfseren Städten aber unterblieb auch in den Territorien selbst dieser scheinbare Abbruch am Recht.

Nehmen wir als lehrreiches Beispiel Bayern¹. Auch hier war in jeder Stadt von dem Herzog ein Richter bestellt, „der sich aber in nichts von den Landrichtern unterschied².“ Er gehörte gewöhnlich dem niederen Adel an. Später wurde der Stadt ein Vorschlagsrecht zu teil. Auch gelangten die Städte in den Besitz der Civil- und niederen Kriminalgerichtsbarkeit, und der Stadtrichter nahm nun eine Doppelstellung ein, die eines dem Rat untergebenen städtischen Beamten für diese Fälle, und die eines herzoglichen von dem Herzog mit dem Blutbann belehnten für die schweren Verbrechen. Bei anderen Städten wurde aber gerade die Stellung des Stadtrichters als städtischer Beamter Grund für den Herzog die schweren Kriminalsachen an sein Hofgericht zu ziehen. Um-

¹ Rosenthal, Geschichte des Gerichtswesens u. d. Verwaltungsorganisation Baierns I, § 7. Würzburg 1889. — Vgl. desselben, Beiträge z. deutschen Stadtrechtsgesch., Heft I u. II. Zur R.G. d. Städte Landshut u. Straubing. Würzburg 1883.

² Rosenthal, Gerichtswesen S. 155. Zuerst in München 1170, der einzigen unter den bairischen Territorialstädten, die aus vor-wittelsbachischer Zeit stammt.

gekehrt wurde einer Reihe von Städten seit der zweiten Hälfte des sechzehnten Jahrhunderts — zuerst München 1561 — auch der Besitz der hohen Gerichtsbarkeit eingeräumt¹. Da mit dem Aufblühen der Städte die richterlichen Geschäfte sich vermehrten, trat dem Stadtrichter, nun Stadtoberrichter, ein Unter-richter zur Seite. Hervorzuheben ist noch, daß es vorkam, daß einem Stadtrichter zugleich der Posten eines Landrichters in einem umliegenden Bezirk übertragen wurde. „Doch wird dann in den Gerichtsbriefen Stadt- oder Landgerichtsverhandlung genau unterschieden².“

¹ Vgl. auch Rosenthal, Rechtsg. v. Landshut, S. 76 ff. Er meint hier S. 79, man sehe „die Entwicklung sich wellenförmig fortbewegen und wieder zu dem Punkte zurückkehren, von dem sie ausgegangen“. Danach hat er damals angenommen, die Jurisdiktion in der Stadt sei ursprünglich eine städtische gewesen. Diese irrtümliche Anschauung hat er in seinem späteren Werke offenbar aufgegeben. — Den größeren und kleineren Städten waren in Baiern die Rechte mit sehr ungleichem Masse ausgeteilt, und wiederum läßt sich zwischen den kleineren „Städten“ und den s. g. „Märkten“ kein durchgreifender Unterschied angeben.

² Rosenthal, Gerichtswesen S. 158³: Monumenta Boica VII, S. 201; XX, S. 249.

II. Kapitel.

Die Stadt als Burg.

a. Die Deutschen und die Burgen.

Wenden wir uns nun zu der Frage, was ursprünglich zu der Sonderstellung der Städte innerhalb der öffentlichen Gerichtsverfassung geführt haben mag, so liesse sich da ja an Gründen oder Ursachen, wirtschaftlicher und politischer Art, verschiedenes anführen. Hier aber interessiert vorzüglich der Rechtsgrund, unter dem jene Aussonderung stattgefunden hat, womit die Antwort auf die weitere Frage, worin der erste Anfang eines besonderen Stadtrechts zu sehen ist, unmittelbar zusammenhängen wird. Nachdem einmal ein gewisser Begriff des Stadtrechts sich herausgebildet und eingebürgert hatte, genügte der bloße Gebrauch, damit auf neu entstehende Städte die Grundzüge jenes Stadtrechts jedesmal übertragen wurden. Bei der ersten Entstehung besonderer Stadtgerichtsbezirke und eines besonderen Stadtrechts überhaupt aber wird man nicht geneigt sein, ohne weiteres sich mit dem Gedanken zu bescheiden, daß rein praktische Gründe zu jener Sonderstellung geführt haben, daß die Könige sie angeordnet oder bestätigt hätten bloß aus der Erwägung der politischen Wichtigkeit und der besonderen wirtschaftlichen Entwicklung der Städte. Man wird nach einem Rechtsgedanken suchen, an den angeknüpft worden ist. Ob sich ein solcher finden läßt, ist freilich eine andere Sache,

und man wird sich nicht wundern dürfen, wenn man sich bei einer so delikaten Frage schliesslich mit blofser Wahrscheinlichkeit begnügen mufs. Als Weg dazu empfiehlt sich zu untersuchen, was den Deutschen zuerst als besonderes Merkmal der Stadt erschienen ist, wodurch sie die Stadt von anderen Ortschaften, Dörfern, unterschieden, und dann zu sehen, ob sich damit irgend ein Rechtsgedanke verbinden läfst. Und ein solches Merkmal giebt es allerdings. Es ist das der Befestigung¹.

¹ Dafs allgemein im Mittelalter die Städte befestigt waren, bedarf gewifs keines Nachweises mehr. Es handelt sich bei dem Streit mehr um die Anfänge des Städtewesens und um die Wesentlichkeit der Befestigung für den Begriff der Stadt. Es versteht sich, dafs Stadtmauern nicht an einem Tage gebaut werden konnten, dafs mit zunehmenden Mitteln und Ansprüchen eine bessere Befestigung an Stelle der ursprünglichen gesetzt wurde. Anfänglich hat man sich oft mit einem Bohlenwerk, Wall und Graben begnügt. Beispiele bei G. L. v. Maurer, *Gesch. d. Städteverfassung* Bd. I S. 112 f. Es ist viel aus dem Fall von Allensbach gemacht worden, bei dem es nach Schulte *Z. G. O. R., N. F., Bd. V* (1890) S. 156 zweifelhaft ist, ob es je eine Stadtbefestigung besessen hat. Dann zeigt das aber nur, dafs Allensbach es überhaupt kaum zur Stadt gebracht hat, wozu das Übrige stimmt, was Schulte darüber erzählt. Aber sicher ist es ja gar nicht einmal. Stadtthore sollen bestanden haben, ein Turm und der Stadtgraben werden erwähnt. Der Ort zieht sich in einer Strasse zwischen See und Rebhügeln hin (Schulte a. a. O.). Wenn da also die Zugänge an beiden Enden befestigt waren, so konnte das im Mittelalter gegen gewöhnliche Überfälle genügen, wenn es auch im Bauernkriege die Bauern nicht an der Einnahme hinderte. Es zeigt, dafs es dem in jeder Beziehung dürftigen „städtlin“ immerhin nötig erschienen ist, in diesem Punkte einige Anstrengungen zu machen. So lange aber nicht mehr — namentlich aber auch über den Zeitpunkt — bekannt ist, ist aus der an sich schätzenswerten Notiz für die vorliegenden Fragen eigentlich nichts zu folgern.

Gegen die Ansicht, dafs „die äufsere Umschließung und Befestigung der Stadt durch Wall und Graben, später durch Mauern“ zum Wesen der Stadt oder „zu den Bedingungen ihrer Existenz“ gehört habe, spricht sich Hegel aus, *Städte und Gilden der germanischen Völker*, Bd. II S. 505. Er beruft sich dabei auf Erzählungen über die flandrischen Städte aus dem Anfange des 12. und über holländische bis ins 13. Jahrhundert. Eine Citadelle schützte aber auch diese Städte schon, und jene Berichte zeigen doch nur, wie sehr die Umwallung zu ihren Existenzbedingungen gehörte. Viele Städte entstanden im Anschluß an eine Festung; dann hing es von

Es ist das ein Moment, dessen sich der Streit der Meinungen vorzugsweise bemächtigt hat, indem die einen es bei den Anfängen des Städtewesens in den Vordergrund gestellt, die anderen seine Wichtigkeit über das Maß herabzudrücken gesucht haben. Bei leidenschaftsloser Berücksichtigung der ergiebigen geschichtlichen Zeugnisse wird ihm seine Stelle ganz natürlich zufallen.

Es handelt sich also zunächst nur um die äußere Unterscheidung. Berühren wir einstweilen nur, daß der Städter Bürger, daß Stadtrecht Burgrecht, der Stadtgraf Burggraf hieß. Daß so viele von den Namen gerade der alten und bedeutenden Städte mit -burg zusammengesetzt sind¹; daß Stadtteile als Nieder- oder Oberburg, als Innen- und Außenburg unterschieden werden²: das alles findet seine Erklärung dadurch,

dem allgemeinen Aufblühen der äußeren Ansiedelung ab, wann auch diese befestigt wurde. Hatten die flandrischen Städte schon einen hohen Grad wirtschaftlicher Entwicklung erreicht, ehe sie auch nur mit einer Schutzwehr umgeben wurden, so wird diese Besonderheit durch lokale Gründe bedingt gewesen sein, vielleicht durch den Willen des Grafen. Nach dem Sachsenspiegel war damals jedes Dorf von Zaun und Graben umringt, und binnen Zaun und Graben hatte es „steten Frieden“. Sachsensp. Landrecht II 66 § 1. — Wenn Hegel dann das „Opus construendae urbis a circummanentibus illarum partium incolis nostro regio vel imperatorio iuri debitum“ des Privilegs Ottos I. für das Magdeburger Moritzstift von 965 (M. G. Dipl. O. I. Nr. 300. Hegel a. a. O. Bd. II S. 437 und 505) als Pflicht „die Stadt, d. h. ihre Wohnhäuser zu erbauen“ auffaßt (vgl. auch Neues Archiv 18 S. 218), so verfällt auch er in den Fehler, daß er urbs mit Stadt statt mit Burg übersetzt. Es handelt sich um die Erbauung und Instandhaltung der Burg Magdeburg und die allgemeine Pflicht der Bevölkerung, beim Burgenbau zum Schutz des Landes mitzuwirken. Vgl. noch unten S. 45 und Kap. VI b. Ferner Kap. VI b die Verteidigungspflicht der Juden in Speier.

¹ Augsburg, Regensburg, Straßburg, Duisburg, Weißenburg, Siegburg, Magdeburg, Merseburg, Quedlinburg, Hamburg, Nienburg. Zusammensetzungen mit „Markt“ kommen unter den älteren Städten nicht vor und sind überhaupt selten.

² Binnenburg und Butenburg in Osnabrück, vgl. unten Kap. VI b; Ober- und Niederburg in Konstanz, Gothein, Wirtschaftsg. d. Schwarzwaldes, I S. 72; die Alteburg in Merseburg, unten S. 47 Anm.

daß Burg der älteste Name der Deutschen für Stadt war. Burg bezeichnete nicht ein befestigtes Haus, sondern allgemein eine Befestigung, einen befestigten Platz. Burgen hießen somit auch, und vorzugsweise, die befestigten Ortschaften im Unterschiede von den offenen. Das Wort haben die Germanen in die Sprachen aller Völker verpflanzt, unter denen sie sich niederließen, wenn auch mit Veränderung der ursprünglichen Bedeutung, hier wo es schon Städte gab. In England dagegen, wo sie die alte Bevölkerung verdrängten, wurde borough die öffentliche Bezeichnung für die Stadt im Rechtssinn.

Wohnten auch die Deutschen ursprünglich nicht in Städten, so waren ihnen doch mit Wall und Graben, einem Verhau, auch wohl gar einer Mauer umgebene Zufluchtsstätten für die Zeit der Gefahr nicht unbekannt. Diese bergenden Stätten nannten sie Burgen. Als sie dann die Städte der Römer kennen lernten, erschien ihnen als das Charakteristische daran die schützende Mauer: mit baurgs übersetzt Wulfilā πόλις¹. So geben im neunten Jahrhundert der altsächsische Heliand und das fränkische Evangelienbuch Otfrids von Weissenburg das civitas ihrer Vorlagen überall durch Burg wieder. Rom, Jerusalem, Bethlehem, Jericho, Samaria, Kapernaum, Nazareth werden so bezeichnet². Umgekehrt nennen die fränkischen Geschichtsschreiber des achten, neunten und zehnten Jahrhunderts civitates sowohl die Städte Italiens, Galliens, Spaniens, die deutschen am Rhein und an der Donau, wie die Festungen slavischer Völkerschaften³.

Es wird nun erzählt, daß die Germanen eine Abneigung gegen das Wohnen hinter Mauern hatten. Dem mag ja so gewesen sein, aber lange scheint diese Abneigung nicht stand gehalten zu haben. Nicht nur, daß die Germanen da, wo sie in der Minderzahl unter Romanen lebten, das Wohnen in den Städten nicht verschmähten, sondern auch in den germanisierten

¹ Kluge, Etymolog. Wörterbuch d. d. Sprache 5. Aufl., unter Burg.

² Hegel, Latein. Wörter und deutsche Begriffe, in Neues Archiv 18 S. 212.

³ Hegel a. a. O.

Gebieten müssen sie sich bald in den ehemaligen Römerstädten angesiedelt haben. Diese dienten ihren Fürsten als Residenzen und Festungen¹. Auch als Bischofssitze werden sie bald genannt². Im übrigen wird die deutsche Ansiedelung in den alten Stadtmauern zunächst von einer Dorfansiedelung nicht verschieden gewesen sein³. Es kann aber nicht gefehlt haben, daß in den an den natürlichen großen Handelsstraßen gelegenen Städten Handel und Gewerbe bald wieder zu einer mäßigen Blüte gediehen sind. Was aber die Mauern betrifft, so mag es ja sein, daß man da, wo sie zerstört worden waren, sich zunächst und in friedlichen Zeiten um ihren Wiederaufbau oder ihre Instandhaltung nicht allzusehr kümmerte⁴. In Zeiten der Gefahr, namentlich als Normannen und Ungarn das Land überschwemmten, suchte man solche Nachlässigkeit gut zu machen. Man wird auch nicht übersehen dürfen, daß gerade einige von den bedeutenderen Römerstädten bei ihrer Umtaufung ins Deutsche mit Burg zusammengesetzte Namen erhielten: Augsburg, Regensburg, Straßburg.

b. Die Burgen in Sachsen.

Besonderes Interesse haben nun immer die Verhältnisse in Sachsen gefunden, zum Teil vielleicht, weil da die Quellen der Interpretation allerlei Schwierigkeiten bieten, zum Teil

¹ Über diese älteren Verhältnisse vgl. jetzt Rietschel, die Civitas auf deutschem Boden bis zum Ausgange der Karolingerzeit. Leipzig 1894.

Chlodwig in Tournai, Ragnachar in Cambrai, der Ripuarier Sigbert in Köln.

² Vgl. Rietschel, die Civitas auf deutschem Boden, und oben S. 12³. Ferner Gregor von Tours Buch II § 40 und 42. Mon. Germ., Scr. Rer. Merov. Bd. I, S. 103 und 104. Ferner über Köln als austrasische Residenz im sechsten und achten Jahrhundert, Hegel, Verfassungsgesch. von Cöln (aus Städtechroniken Bd. I) S. 7 und 9. Über Straßburg als Residenz der elsässischen Herzöge, Straßburger Urk.-B., Bd. I.

³ Vgl. über Straßburg unten Kap. V b.

⁴ Rietschel, die Civitas, S. 62 ff.

aber gewiß auch, weil dabei das erste Entstehen von Städten auf altem deutschen Boden in Frage kommt¹. Da sie deshalb wirklich Interesse verdienen, andererseits aber auch die neueste, übrigens höchst verdienstvolle und brauchbare Arbeit über den Gegenstand² in einem wichtigen Punkte doch das Rechte verfehlt hat, so mag hier etwas ausführlicher davon gehandelt werden.

In Sachsen gab es bis zum zehnten Jahrhundert nur offene oder ganz dürftig befestigte Ortschaften einerseits, und Burgen der alten Art³, nicht zum dauernden Bewohnen eingerichtete Zufluchtsstätten andererseits, wie sie in den Sachsenkriegen Karls des Großen erwähnt werden. Dies sind auch Widukinds *urbes*, und auf diesen Zustand beziehen sich seine Worte:

*Vilia aut nulla extra urbes fuere moenia*⁴.

Heinrich I. ließ dann neue Befestigungen in großer Menge anlegen und hat wohl auch schon das östliche Grenzgebiet in Burgwarde, Verteidigungsbezirke mit festen Mittelpunkten, ein-

¹ Vgl. Waitz, *Jahrbücher des deutschen Reichs unter Heinrich I.*, Neue Bearbeitung, 1863, S. 95 ff. und den Excurs X. — Giesebrecht, *Kaiserzeit* Bd. I⁵, S. 222 ff. — Hagedorn, *Verfassungsgesch. der Stadt Magdeburg*, in *Geschichtsblätter für Stadt und Land* M. 1881 (Nr. 16) S. 383 ff. — Hellwig, *Deutsches Städtewesen z. Z. d. Ottonen*. Breslauer Dissertation 1875.

² Sebald Schwarz, *Anfänge des Städtewesens in den Elb- und Saale-Gegenden*. Kiel 1892.

³ Über ein sächsisches Lager auf dem Tönsberge bei Örlinghausen mit einer 2,10 m starken Mauer aus Kalkbruchsteinen und Lehmörtel auf dem Wall, und mit Thoren, die „im Gegensatz zu den stets glatten Wänden der römischen Thore . . . schon das mittelalterliche Princip eines mehrfachen Verschlusses (Mausfalle, Fallgatter) entwickelt“ zeigen, vgl. *Zeitschr. des hist. Vereins für Niedersachsen* 1893, S. 347 ff. Dr. Schuchhardt, der die Ausgrabung geleitet hat, setzt diese Befestigung in etwa das 6.—9. Jahrhundert (S. 347). Sollte sie aber auch erst der Zeit Heinrichs I. angehören, so würde sie doch zeigen, daß man sich von der damaligen sächsischen Befestigungskunst keinen zu niedrigen Begriff machen darf.

⁴ Waitz, *M. G. SS.* III 408—467. I c. 35. — So versteht auch Hegel die viel umstrittene Stelle. *Neues Archiv* 18, S. 214.

geteilt¹. Wie die Klöster befestigt werden mußten², so mögen auch geeignete Ortschaften nun mit Mauern umzogen worden sein. Im allgemeinen aber wird man die Burgen an strategisch günstigen Punkten angelegt haben; gewiß thunlichst in der Nähe eines Dorfes oder Hofes, die so gedeckt werden konnten, während die Dörfer und Höfe selbst doch größtenteils keine geeignete Lage gehabt haben werden. Die Hauptaufgabe war nun eine Besatzung zu beschaffen, Menschen zu veranlassen, in diesen für den Betrieb der Landwirtschaft weniger günstig gelegenen Burgen ihren Wohnsitz zu nehmen. Er wählte dazu — und hiermit fängt Widukind seinen ganzen Bericht über Heinrichs Maßregeln an³ — aus den *agrarii milites* je den neunten Mann aus. Diese sollten in den Burgen, in *urbibus*, wohnen, ihren acht Konfamiliaren dort Wohnungen bauen, und den dritten Teil aller Früchte empfangen und bewahren. Die anderen Acht sollten das Land bestellen und die Frucht für den Neunten zusammenbringen und an Ort und Stelle niederlegen. Ferner sollen *concilia et omnes conventus atque convivia* in den Burgen abgehalten werden; welche zu errichten, sie Tag und Nacht arbeiteten, daß sie im Frieden lernten, was sie gegen die Feinde in der Not hätten thun sollen. Das Letztere ist eine moralische Betrachtung. Im übrigen sieht man, daß es sich zum Teil um Maßregeln nur für den Kriegsfall handelt. Bei einem feindlichen Einfalle fanden die je acht *agrarii milites*, die unten in den Dörfern wohnen blieben, in den Burgen Zuflucht und fanden auch

¹ Über die Burgwarde Schwarz a. a. O. Sicher ist der Ursprung der Burgwarde allerdings nicht. Schwarz macht Anm. 92 mit Recht gegen Hagedorn S. 386 geltend, daß die in M. G. D. O. I. Nr. 14 a. 937 genannten Orte nichts mit dem Burgward Magdeburg zu thun haben, weshalb man diese Urkunde nicht für die Datierung der Einrichtung verwenden kann. Die Spur, die Schwarz S. 25 aus dem Ende des neunten Jahrhunderts nachweisen zu können glaubt, ist aber im besten Falle recht undeutlich.

² *Miracula S. Wigberti* c. 5. M. G. SS. IV. S. 225 citiert v. Waitz, Heinrich I., S. 98⁵.

³ Die Stelle ist abgedruckt auch bei Waitz, Heinrich I., S. 95. Gar zu wörtlich darf man sie gewiß nicht nehmen.

Wohnungen und Lebensmittel bereit. Aber sonst war die Einrichtung doch eine dauernde. Die milites agrarii halten Waitz und Giesebrecht für königliche Ministerialen¹. Mehr spricht dafür, daß die heerbannpflichtigen Bauern gemeint sind. Der Heerbann wurde in Sachsen immer noch aufgeboden, wie Giesebrecht zugiebt. Welche Bedeutung er besaß, zeigen die Siege der sächsischen Bauern über Heinrich IV., anderthalb Jahrhunderte später. Daß es in Sachsen damals neunmal so viele königliche Ministerialen gegeben habe, als zur Besatzung der zahlreichen Burgen, die angelegt wurden, ausreichten, ist undenkbar. Giesebrecht sieht sich zu der Annahme gezwungen, daß in den Marken königliche Ministerialen den Hauptstamm der herrschenden Bevölkerung bildeten, und daß deshalb Widukinds Worte zunächst nur auf die Marken bezogen werden können. Dafür fehlt aber die Berechtigung, und es widerspricht den Thatsachen². Waitz³ stößt sich an dem Ausdruck confamiliares. Ich vermute, daß Widukind das Wort nur eingeführt hat, weil er eines zusammenfassenden Ausdruckes für die Abteilungen von je neun Mann bedurfte: jede solche Abteilung war gewissermaßen eine familia. Um die Verteidigung der Pfalzen, wie Waitz — wohl auch in Bedrängnis wegen der Zahl der Ministerialen — vermutet, kann es sich doch nicht handeln. Und was die Frage betrifft, die ebenfalls Waitz aufwirft, wie der König anderen als seinen abhängigen Leuten „solches befehlen“ konnte, so ist auf die allgemeine Landesverteidigungspflicht hinzuweisen, und darauf, daß es

regali consensu regaliumque principum decreto sancitum est
et iussum

wie es in dem schon angeführten Hersfelder Bericht heißt⁴. Für die Pflicht der Dorfbewohner, die Mauern der nächsten Stadt mitzubauen, jedes Dorf sein Stück, wofür sie im Notfall

¹ Waitz, Heinrich I., S. 101 f. Giesebrecht, Kaiserzeit, I⁵, S. 812. — Hegel, Neues Archiv 18, S. 214 übersetzt: „aus den Umwohnern des Landes“.

² Vgl. Schwarz a. a. O. S. 13 ff.

³ Heinrich I. S. 101⁷.

⁴ Miracula s. Wigberti. Oben S. 44².

in der Stadt Schutz fanden, sind urkundliche Belege vorhanden¹. Um die systematische Durchführung dieser Einrichtung in Sachsen handelt es sich bei den Mafsregeln Heinrichs. Dafs aus den von ihm in den Burgen Angesiedelten die Burgmannen geworden sind, denen man später in sächsischen Städten begegnet, wie Waitz vermutet, ist auch mir durchaus nicht unwahrscheinlich. Diese wohnten dann in der eigentlichen Burg, die durch eine Mauer von der gleichfalls befestigten Ansiedlung der Bürger, die sich der Burg angeschlossen hatte, getrennt blieb².

Diese Mafsregel, verbunden mit der Ummauerung schon bestehender Ortschaften und der Verordnung, dafs alle Zusammenkünfte — Märkte fügt die Sachsenchronik hinzu³ — in Zukunft in diesen Burgen gehalten werden sollen, ist vor allem für die uns beschäftigenden Fragen wichtig. Der sorgfältigen methodischen Untersuchung von Sebald Schwarz über „die Anfänge des Städtewesens in den Elb- und Saalegegenden“ hat es sich aus dem Sprachgebrauch ergeben, dafs die sächsischen Schriftsteller des 10. und 11. Jahrhunderts durchgreifend zwei Klassen von Plätzen unterscheiden, befestigte und unbefestigte: zu deutsch Burgen und Dörfer⁴. Die lateinischen

¹ Beispiele bei Hegel, Verfassungsg. v. Mainz, S. 42 f. (Deutsche Städtechroniken, Mainz II, 2): Mainz, Worms, Speier, Bingen. Ferner Utrecht: Hegel, Städte und Gilden, II 292. Über Worms auch Koehne, Ursprung d. Stadtverfassung in Worms, Speier und Mainz, S. 83 f., der S. 84¹ auch noch Belege für Saarburg, Coblenz und Weissenburg beibringt, und es mit Recht als eine verwandte Erscheinung bezeichnet, dafs bei Bremen und Hameln eine grofse Anzahl benachbarter Dörfer zur Beihülfe beim Weserbrückenbau verpflichtet sind. Waitz, Verfassungsg. VIII, 210 ff. bringt eine Menge Beispiele. Über Corvey unten S. 56. Stelle aus dem Privileg Ottos I. für Magdeburg M. G. Dipl. O. I. Nr. 300, a. 965, s. oben S. 40 Anm.

² Vgl. Stephan, Verfassungsgeschichte d. Reichsstadt Mühlhausen in Thüringen, I, S. 8 ff. Vgl. ferner unten S. 49, S. 49².

³ Mon. Germ., Deutsche Chroniken Bd. I S. 159. § 150.

⁴ Schwarz a. a. O. S. 2 ff. Nur spricht Schwarz statt von Burgen von Städten, worüber im Folgenden. Dafs Burg die damals übliche Bezeichnung für die urbs oder civitas war, darauf weisen auch die zahlreichen damit zusammengesetzten Namen dieser civitates. (Vgl. Schwarz

Ausdrücke sind für Erstere *urbs*, *castellum*, *civitas*, einzeln *arx*, für Dorf *villa*, *oppidum*, *vicus*. So bei Thietmar, Widukind, den Quedlinburger und Hildesheimer Annalen, den Lebensbeschreibungen des Bernward und der Mathilde. Adam von Bremen braucht *oppidum* mit *urbs* und *civitas* synonym, nennt das Dorf *vicus* und unterscheidet als besondere Art *castellum*: wie mir scheint, war man inzwischen zur Unterscheidung bloßer Festen von den befestigten Orten fortgeschritten¹. Die Urkunden brauchen *urbs*, *civitas*, *castrum*, *castellum*, *municipium* einerseits, *villa*, *villula*, *oppidum* andererseits.

Schwarz begeht nun den Fehler, daß er in allen *civitates* und *urbes* Städte sieht, während ganz allgemein „Festungen“ gemeint sind. Er hat nicht bedacht, wie die sächsischen Schriftsteller dazu gekommen sind, jene Worte zu gebrauchen, und daß sie von Städten eigentlich keine rechte Vorstellung hatten. Freilich gab es, wie Schwarz² selbst hervorhebt, nur ein durchgreifendes Merkmal, das in den Augen der Zeitgenossen die existierenden Ortschaften in zwei Klassen schied: die Befestigung. Und dieses Merkmal war so ausschlaggebend, daß

S. 13 ff.) Noch deutlicher ist, wenn Oldenburg als *Antiqua civitas*, Neuburg und M. Nienburg als *Nova urbs* oder *Nova civitas*, die Altstadt von Merseburg, die Alteburg genannt, als *Antiqua civitas* erscheinen (Schwarz Anm. 12); oder wenn die *villa* Sehuson, das *praedium* Sehusa von der *civitas* Sehusaburg (Anm. 12 u. 17), die *villa* Alstedi von der *civitas* Alstediburch (Anm. 5), die *curtis* Quitelinga von der *urbs* Quidilingoburg (Anm. 91) unterschieden werden.

¹ Die Annahme, daß gleichzeitig der deutsche Sprachgebrauch sich ändert (Schwarz, Anm. 55), hat eigentlich Schwarz' Auffassung der älteren Burgen als Städte zur Voraussetzung. Man kann zunächst nur von einem allmählichen Aufkommen von „Stadt“ neben „Burg“ reden. Vgl. Hegel, Neues Archiv XVIII, S. 212, interessante Beispiele.

² S. 4 ff. u. passim. Schwarz zählt infolge seiner Auffassung der *civitates* als Städte (S. 13 ff.) im 10. u. 11. Jahrhundert allein in den in Burgwarden eingeteilten Grenzgebieten im Stammlande 47 Städte, im Kolonialland rechts von Saale und Elbe gar 97, wenn ich recht zähle. Denselben Fehler hatte schon Hellwig begangen, der nach den Resultaten seiner Dissertation „Deutsches Städtewesen z. Z. d. Ottonen“ in dem Göttinger Gymnasial-Programm 1882 eine tabellarische Übersicht veröffent-

unter demselben Namen die befestigten Ortschaften begriffen wurden, wie Festungen, die keine Ansiedelung umschlossen. Aber von den Burgen Heinrichs in Sachsen gehörten gewiß nur wenige zu der ersteren Art.

Das ergibt sich auch aus einem Umstand, der Schwarz viel zu schaffen gemacht hat.

Dies ist das Verhältnis der *urbes* (*civitates*) zu den *curtes* und *villae*. Einmal werden nämlich mehrfach *villae* gleichen Namens wie gewisse *urbes* genannt¹. Sodann ergeben sich bestimmte Beziehungen gewisser *urbes* zu gewissen *curtes*. Hieraus hat nun Schwarz manche eigentümliche Folgerungen gezogen². Er spricht von einem öfteren synonymen Gebrauch der Worte *curtis* und *urbs*, und meint, daß diese beiden Begriffe den Zeitgenossen verwandt erschienen seien. Er beschäftigt sich mit der Frage, ob zu jeder *urbs* eine *curtis* gehört habe, und findet eine Schwierigkeit darin, wenn in oder bei einer *urbs* mehrere *curtes* erwähnt werden. Er findet, daß die *curtis* manchmal mit der „Stadt“, in der sie liegt, identisch ist und manchmal nicht, und daß „*curtes* sich nicht nur in Städten befinden, sondern auch in Dörfern“³.

licht, wonach es in jener Zeit in ganz Deutschland 206 Städte gegeben hätte, davon in Sachsen-Thüringen 63, im Kolonialland 86. — Schwarz sagt S. 25: „Daß eine große Zahl von Städten durch Heinrich I. neugebaut, oder aus Dörfern und Höfen durch Befestigung zu Städten erhoben sei, ist sicher.“ Das ist unzutreffend.

¹ Z. B. Urkunde Ottos II. für Magdeburg. M. G. Dipl. O. II. Nr. 270, a. 983, Schwarz, Anm. 5. Vgl. ferner M. G. Dipl. O. III. Nr. 103 mit Nr. 106, a. 992, Schwarz ebenda. Ferner M. G. Dipl. O. I. Nr. 40, a. 941: *Osteregeln et Westeregeln villae cum castello in O. constructo*; Schwarz, Anm. 17. Ferner oben S. 46⁴ die Beispiele, wo der Name der Burg gleich dem des Dorfes mit angehängtem -burg ist.

² S. 26 ff. Denselben Fehler begeht Rietschel, die *Civitas*, S. 42, wenn er von den „*Synonyma oppida et castella*“ im fränkischen Reich spricht, und von Sprachverwirrung, wenn außerdem gelegentlich auch *civitates* einerseits, einfache Dörfer andererseits, *oppida* genannt werden. *Oppidum* ist eben eine allgemeine Benennung für eine Ortschaft, *civitas*, *castellum*, *villa* sind Bezeichnungen für bestimmte Klassen.

³ S. 29.

Die Sache ist sehr einfach, nur darf man eben nicht *civitas* und *urbs* immer mit Stadt übersetzen. Irgend ein allgemeiner Zusammenhang zwischen ihnen und den *curtes* bestand nicht, von synonymen Begriffen kann keine Rede sein. Eine *curtis* kann ebensowohl in einem Dorfe, wie in oder bei einer Burg, in einer Stadt oder Vorstadt liegen. In einer Stadt können mehrere *curtes* verschiedener Besitzer und noch andere Gebäude liegen, und auch zu einer Burg können mehrere *curtes* gehören¹. Was das aber betrifft, was Schwarz am meisten irre geführt hat, daß eine *curtis* zu einer *urbs* zu gehören scheint, sowie daß die Könige *urbes* mit ihren *appendiciis*, oder in der Alternative *curtes* mit ihrem Zubehör verschenken oder zu Lehen aushun, so verhält es sich damit so. Der König belehnt mit der Burg einen seiner Dienstmannen, der sie verteidigen soll. Damit der und die ihm untergebenen Burgmannen auch zu leben haben, belehnt er ihn zugleich mit einem in oder bei der Burg gelegenen Hof und den Einkünften aus dem von diesem Hof aus verwalteten Streubesitz². Einen solchen Komplex kann der König dann auch einer Kirche schenken. So ergeben sich freilich Beziehungen gewisser *urbes* zu gewissen *curtes*, aber kein allgemeiner Zusammenhang.

So wenig wie *urbs* mit Stadt darf man immer *villa*, *oppidum*, *vicus* mit Dorf übersetzen. Diese Ausdrücke bezeichnen

¹ Beispiele für alles Dies bei Schwarz. Unten Kap. VI b über die „*curtilia infra et extra urbem quae negotiatores possident*“ in Merseburg a. 1004.

² Vgl. oben S. 46² über Mühlhausen. Ferner Frensdorff, die Stadtverfassung Hannovers, in Hans. Geschichtsblätter, Jahrgang 1882, über das Verhältnis der Stadt Hannover zur Burg Lauenrode. Mir scheint, daß die Lehnsleute des Herrn der Burg, des Grafen von Roden, die als *castellani* in Lewenroth bezeichnet werden und verschiedenen Geschlechtern wie den Reden, Alten, Ilten u. a. angehören, ursprünglich eben solche Burgmannen unter einem Obersten (Burggrafen?) waren. Die Rechte die auch sie in Hannover haben (Frensdorff S. 11) gehören zu ihrer Besoldung. Es verdient noch bemerkt zu werden, daß „*uppe dem bomgarden vor Lauenrode*“ sich das Gauding erhalten hatte, von dem aber die Bürger eximirt sind. Der Vogt, der das Gericht in der Stadt hält, wird aber von dem Herrn der Burg eingesetzt. (Frensdorff a. a. O.)

freilich, abweichend von *urbs* und *civitas*, offene Ansiedelungen und im Gegensatz zur *curtis*, dem einzelnen Gutshof, solche, die aus einer Mehrzahl von Gehöften und Einzelwohnungen bestehen. Aber ebensogut wird damit die noch offene, zur Stadt heranwachsende Ansiedelung bezeichnet, die sich an die Burg anschliesst, die mit Rücksicht auf diese *suburbium*, *suburbium* heisst, und wesentlich einen gemischt kirchlichen und kaufmännischen Charakter tragen kann. Unter Umständen verdient also gerade diese offene Ansiedelung mehr den Namen einer Stadt als die benachbarte Burg¹. Sie wird zur Stadt, wenn sie mit einer Mauer eingefasst wird, und kann dann im Gegensatz zu der Burg oder Citadelle *nova urbs* heissen. Es kann aber auch in der alten Burg, wenn sie gross genug ist, eine bürgerliche Ansiedelung entstanden sein². Interessant ist unter diesem Gesichtspunkt die Wandlung der Wortbedeutung bei Adam. Denn nun heisst *oppidum* nicht mehr Dorf, sondern Stadt, wie *civitas* und *urbs*, während *castellum* die bloße Festung und *vicus* das Dorf bezeichnet. Das unterscheidende Merkmal der Stadt vom Dorf ist dabei die Befestigung. Wie verfehlt aber namentlich für die Zeit vor Adam die von Schwarz festgehaltene Nomenklatur „Stadt“ und „Dorf“ ist, ergibt sich wiederum in dem Abschnitt über die Stadt als Stätte des Marktverkehrs, der im übrigen wieder sehr dankenswert ist³. Denn so ist es gewiss kein Wunder, daß die Zahl der „Markt- und Kaufmannsorte“ im Verhältnis zu der Zahl der „Städte“ „außerordentlich gering“ ist, und daß Märkte auch in „Dörfern“ vorkommen. Ein Dorf der letzteren Art ist z. B. Goslar⁴. Freilich wurde nicht jede Burg Sitz des Handels; aber erst dadurch, daß sie es wurde, erhält sie Anspruch auf den Namen Stadt. Und freilich konnten umgekehrt in offenen Orten, wenn ihre Lage für den Handel günstig war, sich Kaufleute niederlassen

¹ Vgl. noch Rietschel, d. *Civitas*, S. 64 über offene Ansiedelungen außerhalb der Mauern bei den Kastellen im fränkischen Reich.

² „*Curtilia quae negotiatores possident*“ in der Burg Merseburg, Urk. Heinrichs II. a. 1004, Stumpf 1373, Schwarz S. 28.

³ Schwarz S. 31 ff.

⁴ Schwarz S. 33.

und ein Markt errichtet werden; aber dann hat man es mit den Anfängen einer Stadt zu thun. Nützlicher als dieses Festkleben an Worten wäre eine Untersuchung darüber gewesen, welche der unter den Ottonen erwähnten Burgen und Märkte später zu wirklichen Städten gediehen sind, und wie viele nicht. —

Das aber wird man als sicheren Gewinn betrachten können: ist auch lange nicht jede Burg eine Stadt, so ist doch die Befestigung das erste Kennzeichen der Stadt, das was an erster Stelle die Stadt vom Dorf unterscheidet. Burg ist das älteste deutsche Wort für Stadt, und mit den lateinischen Wörtern, die eigentlich Stadt bedeuten, bezeichnen unsere älteren Schriftsteller die ihnen bekannten „Burgen“ jeglicher Art. Zwischen diesen Burgen und den wirtschaftlichen Anfängen der späteren Städte besteht aber kein notwendiger Zusammenhang. Es fragt sich nun, ob aus der Eigenschaft der Stadt als Burg irgend welche Rechtsfolgen herzuleiten sind.

c. Der Burgbann.

Wenn ich nun allerdings die Ansicht aufstelle, daß die Eigenschaft der Stadt als Burg sehr wichtige Rechtsfolgen gehabt hat, so möchte ich dabei doch nicht mit zu großer Zuversicht sprechen, einerseits weil ich dabei einer sehr weit verbreiteten Ansicht entgegenzutreten habe, andererseits weil das Material in diesem Punkte besonders beschränkt ist. Letzteres erklärt sich daraus, daß es sich um etwas handelt, was in Urkunden zu erwähnen wenig Veranlassung war. Die Errichtung eines Marktes, oder wenigstens die meist damit verbundene Verleihung des Marktes und der Markteinkünfte und anderen Rechte über den Markt, erforderte freilich die Ausstellung einer Urkunde. So ist die Nachwelt darüber meist unterrichtet. Aber aufzuzeichnen, daß in einer „Burg“ Burgfriede herrschen, daß dessen Bruch mit der üblichen Strafe geahndet werden solle, lag wenig Anlaß vor. Die Einsetzung von Beamten, die für die Erhaltung des Burgfriedens sorgen

sollten, geschah ja nicht durch Urkunden. Ist also gleichwohl etwas Material vorhanden, so wird man dem einen um so größeren Wert beilegen dürfen. Was ich meine, ist also dieses: daß der höhere Friede, der die Stadt vor dem platten Lande auszeichnet, von ihrer Eigenschaft als Burg herrührt, und daß eben hierin der erste Rechtsgrund für die Herstellung besonderer Stadtgerichtsbezirke zu sehen ist. Mit den entgegenstehenden Argumenten der Marktrechttheorie soll sich der folgende Abschnitt beschäftigen, hier erst das, was für die neue Ansicht spricht, aufgeführt werden.

Die Burg ist ein geschlossener Raum, und jeder geschlossene Raum ist nach deutschem Volksrecht befriedet¹. Jedes Haus hat seinen Frieden, und jedes Dorf innerhalb seines Zaunes und Grabens². Für die Burg kommt aber ein weiteres Moment hinzu: der Umstand, daß Burgenbau Regal ist, daß also jede Burg eine königliche ist. In der älteren Zeit, um die es sich hier handelt, ist das durchaus als thatsächlich anzunehmen. Alle die sächsischen Burgen, von denen die Rede war, sind auf Befehl des Königs mit Beirat seiner Großen angelegt, auf Grund der allgemeinen öffentlichen Pflicht der Landesverteidigung³. Im Westen, in den Rheinlandschaften, sind im fränkischen Reich die einzigen Burgen außer den civitates die römischen castella; die in der Folge zu Städten werden, und von denen mehrere dauernd in königlichem Besitz verblieben sind, während

¹ Vgl. zu dem Folgenden Sohm, Städtewesen, S. 34 ff. Sohm fängt seine Ausführungen über den Stadtfrieden an mit den Sätzen: „Jedes Haus ist nach deutschem Recht befriedet. Einen besonderen Frieden (den Burgfrieden) aber besitzt das Königshaus.“ Die Erklärung des besonderen Friedens des Königshauses als „Burgfriede“ ist hier verfehlt: das Königshaus ist keine Burg. In der von Sohm citierten Lex Bai. II 12 wird der Grund der Heiligkeit des Herzogshauses angegeben: quia domus ducis domus publica est. Vgl. zu Sohm ferner unten S. 69 f. S. 81.

² Sachsenspiegel Landrecht II, 66 § 1.

³ Oben S. 45.

andere durch Schenkung später in kirchlichen Besitz übergangen¹. Aber Privatburgen gab es auch hier noch nicht. Und auch die Bischofsstädte, in denen die Regierung dem Bischof anvertraut ist, verlieren noch lange ihren Charakter als Reichsburgen nicht.

Alles was dem Könige gehört, steht aber unter einem besonderen höheren Frieden. Hat jedes Haus seinen Frieden, so hat einen höheren Frieden das Königshaus. Hat jede geschlossene Ansiedelung, jedes Dorf seinen Frieden, so erfreuen sich eines höheren Friedens diejenigen Ansiedelungen, die durch ihre Befestigung zu königlichen, zu Reichsburgen werden. Dies ist der Burgfriede, auf dessen Bruch die Strafe des Königsbannes von 60 Schilling steht.

Der Markt aber ist kein geschlossener Raum und ursprünglich überhaupt keine Ansiedelung. Er erfreut sich zwar auch eines besonderen Friedens — so lange er dauert. Eigentlich ist das nur der Friede der reisenden Kaufleute, der sie auch während ihres Aufenthaltes während des Marktes nicht verläßt. Das geht aus den Urkunden hervor, die den Frieden sichern den Marktbesuchern, den kommenden, bleibenden und gehenden. Man hat zu beobachten geglaubt, wie der Marktfrieden zum Burgfrieden geworden ist². Aber man kann sich kaum vorstellen, wie das zugegangen sein sollte. Das Umgekehrte würde der Wahrheit näher kommen: der Burgfriede hat sich auch über die Vorburg erstreckt, d. h. über die Wohnungen der Kaufleute, die sich im Schutze der Burg dort an dem vor der Burg liegenden Marktplatz angesiedelt hatten. Dieses Suburbium wurde sobald thunlich ebenfalls mit einer Mauer umzogen, hieß dann zuweilen die Neustadt, und bildete zusammen mit der alten Burg, in der sich bei Bischofsstädten der Dom

¹ Diese Kastelle sind Zürich, Solothurn, Augst, Bingen, Kreuznach, Boppard, Koblenz, Andernach, Bonn, Deutz, Neufs, Nymwegen, Utrecht, Maastricht, Jülich, Zülpich, Bitburg. Rietschel, die Civitas, S. 34 ff., S. 79, S. 82.

² Schröder, Rechtsgeschichte 591, unter Verweisung auf die unten S. 56 zitierten Urkunden für Corvey und Gandersheim, die aber keinen Anhalt dafür gewähren, daß der dort erwähnte Burgbann aus einem Marktbann hervorgegangen ist.

und die Wohnungen der Geistlichen befanden, aber auch Bürger wohnen konnten, den ältesten Bestandteil der wirklichen Stadt. Dieser Gang der Dinge läßt sich bei einer ganzen Reihe der wichtigsten Städte erkennen. Wir sahen schon, daß im zehnten Jahrhundert bei Straßburg, Speier und Worms die Stadt und Vorstadt, die Stadt und die anliegende „villa“, die Altstadt und Neustadt einen Gerichtsbezirk bildeten, in dem die Gerichtsbarkeit auf den Bischof übertragen wurde; daß die Straßburger Vorstadt schon im achten Jahrhundert eine wirkliche Vorstadt war, die auch schon Neustadt heißt, daß im elften Jahrhundert auch der Speierer Vorort zur Urbs erhoben wird¹. In Straßburg, wo die Entwicklung besonders klar liegt, hatten sich die ersten deutschen Ansiedler, aus denen die „Geschlechter“ hervorgingen, in der Altstadt selbst, der alten Römerstadt angebaut; aber der Marktplatz mit der eigentlich kaufmännischen Ansiedelung lag in der Neustadt². Ähnlich in Köln: Markt und Kaufmanns-Niederlassung, draussen zwischen der römischen Mauer und dem Rhein, die ältesteste Stadterweiterung. So auch in Konstanz³. In Magdeburg wurde 965 der Gerichtsbann in der urbs oder civitas auf das Moritzstift übertragen, und zugleich die dortigen Kaufleute seiner Gerichtsbarkeit unterstellt. Aus der Bestätigung von 979 geht hervor, daß diese Kaufleute wesentlich die Vorstadt bewohnten⁴. Wiederum in Bremen und in den westfälischen Bischofsstädten ist deutlich zu erkennen, wie sich die Wohnungen der Kaufleute am Markt an die Domfreiheit angeschlossen und mit ihr zusammen die Stadt gebildet haben. Und in Osnabrück wenigstens führt der Marktstadtteil den Namen Binnenburg⁵.

Est ist bisher nie recht befriedigend erklärt worden, warum in gewissen Privilegien auf die Rechte der Kaufleute gerade der königlichen oder größeren urbes oder civitates Bezug genommen wird, wie z. B. in dem schon angeführten Privileg für

¹ Vgl. oben Kap. I.

² Unten Kap. V b.

³ Gothein, Wirtschaftsgesch. des Schwarzwaldes Bd. I. S. 72.

⁴ Mon. Germ., Dipl. O. II. Nr. 198.

⁵ Vgl. unten Kap. VI b.

Bremen von 965¹, wo zwischen diesen Rechten und der ausschließlichen Gerichtsbarkeit des Erzbischofs in der Stadt eine engere Beziehung zu bestehen scheint. Man hat da wohl zu dem ziemlich willkürlichen Mittel seine Zuflucht genommen zu erklären, *negotiatores, institores* u. s. w. heiße nichts anderes als einfach Städter. Es wurden demnach den Bewohnern gewisser Städte dieselben Rechte verliehen, die die Bewohner anderer Städte schon besitzen, wodurch denn Alles möglichst einfach und farblos und nichtssagend wird. Gewiß sind ja jene Ausdrücke auch in diesem weiten Sinne gebraucht worden, allein: wie ist es dazu gekommen? Doch nur, weil Händler und Gewerbetreibende das eigentümlich städtische Element der Bevölkerung bildeten. Und gerade in der ältesten Zeit, von der diese Urkunden handeln, wird man hierauf Wert legen müssen, damals als wirtschaftlich die ersten Städte im inneren Deutschland durch die Niederlassung von Kaufleuten und Handwerkern an einem Orte entstanden. Diesen neuen Ansiedelungen sollen jene Privilegien zum Vorteil gedeihen. Warum also wird den Kaufleuten, die sich an einer bestimmten Stätte niederlassen, das Recht verliehen, das die Kaufleute, welche an anderen bestimmten Stätten wohnen, genießen? Offenbar spielt der Charakter der Stätte dabei eine Rolle. Und vielleicht ist es nun nach allem Vorhergehenden nicht zu gewagt, wenn man den Satz aufstellt, daß es sich um den Frieden der Burg handelt, unter dessen Schutze die Kaufleute sich bei der Burg angesiedelt hatten.

Es wäre nun sehr verführerisch, die Urkunde für Corvey von 940 und die für Gandersheim von 980 für diese Theorie nutzbar zu machen². In ersterer wird dem Abt von Corvey der „Burgbann“ verliehen, über die Leute, die in der um das Kloster gebauten Burg (*civitas*) Zuflucht suchen und an ihr arbeiten müssen; zugleich den Grafen dreier benachbarter Gaue die Ausübung dieses Burgbannes untersagt. Der Äbtissin von Gandersheim verleiht Otto II.

¹ Mon. Germ., Dipl. O. I. Nr. 307. Oben Kap. I b.

² M. G. Dipl. O. I. Nr. 27 und Dipl. O. II. Nr. 214.

urbalem bannum quem vulgariter burgban vocant . . .
ad praedictam civitatem pertinentem

sowie

duos nostrae dominationis urbales bannos unum in Seburg
et alterum in Grene,

und allen Grafen, Vögten u. s. w. verbietet er

potestatem super eosdem bannos
sich anzumafsen.

Obgleich man nun gerade auch auf Seiten der Markt-
rechtstheorie wenigstens diese Urkunden so aufgefaßt hat, als
handele es sich hier um den Gerichtsbann über die Städte
Corvey u. s. w.¹, so ziehe ich doch vor, mich nicht auf so
zweifelhafte Zeugnisse zu stützen. Wahrscheinlich handelt es
sich um das Recht, die Umwohner, die

homines qui ad . . . civitatem . . . debent . . . confugere
et in ea operari,

eben zu dieser Arbeit der Instandhaltung der Burg zu
zwingen².

In Gandersheim wird im Jahre 990, also zehn Jahre nach
der Erteilung des Burgbanns, ein Markt mit Zoll und Münze
errichtet und der Äbtissin der königliche Bann verliehen

ut omnis causa quaecunque in eodem loco contra legem oborta
fuerit emendetur et legaliter corrigatur³.

¹ Schröder, Rechtsgeschichte² 605 sieht hier den Beweis dafür, daß
„sich der Marktbann unwillkürlich in den Burgbann“ verwandelte.

² Vgl. oben S. 46. — Sehr dankenswert ist die Zusammenstellung
von Nachrichten über die Stadt Corvey bis zum Jahre 1300 bei Martin
Meyer, zur älteren Geschichte Corveys und Höxters (Paderborn 1893,
Beiträge zur Geschichtsforschung, herausgg. von v. Below, I), S. 42—47.
Mir scheint daraus nur unwiderleglich hervorzugehen, daß die Stadt, die
aus der Landgemeinde Höxter und der, laut unserer Urkunde von 940, um
das Kloster Corvey erbauten Burg entstand, bis ins 13. Jahrhundert Huxaria
vel Corbeia hieß (Meyer S. 45), und daß von einer besonderen ver-
schwundenen Stadt Corvey, die Meyer findet, nicht die Rede sein kann.

³ M. G. Dipl. O. III. Nr. 66. Im 12. Jahrh. verstand man in Corvey
unter „Burgbann“ die Gerichtsbarkeit des Abtes über die tägl. Diener, die
er durch einen Ministerialen, z. B. den dapifer, ausüben liefs. M. G. L. L.
Sectio IV, Bd. I. S. 184 und d. Anm. Dies ist der „Burgbann“ innerhalb

Weiter hilft eine Urkunde über die Gerichtsbarkeit des Vogts über die Leute der Abtei Echternach vom Jahre 1095¹. Der „Begriff des Burgbanns“ wird allerdings auch hier als bekannt vorausgesetzt, allein man erfährt, daß für seinen Bruch sechzig Solidi gezahlt werden, von denen ein Drittel der Vogt, zwei Drittel der Fiskus empfangen soll. Der Vogt hält unter Königsbann das Echte Ding, das die Leute des Klosters besuchen, während er sich in das niedere Gericht des Abtes nicht einzumischen hat. Aber es bleibt fraglich, was unter Bruch des Burgbanns zu verstehen ist. Man wird kaum zu einer anderen Auffassung gelangen, als daß hier überhaupt der

der Klostermauern und hat mit der Gerichtsbarkeit in der Stadt Corvey-Höxter nichts zu thun und mit dem Burgbann über die Bürger. Lövinson, Westfälische Reichsstiftsstädte (Paderborn 1889), übersetzt die „famuli, qui tam abbati quam congregationi obsequio cotidiano deserviunt“ mit „die Nichtvollfreien des Stifts“ (S. 41). Er nimmt ohne Weiteres zwei Städte, Höxter und Corvey, an (S. 25).

¹ Mittelrhein. Urk. B. II (1) Nr. 37. Si quis infregerit bannum, quod theotonica lingua burgban dicitur, pro quo LX solidi solvuntur, duas partes fiscus tertiam accipiat advocatus. In placitis vero de privato peculio et usufructu ecclesie neque intersit neque quicquid inde accipiat. Vorher zahlreiche Einzelbestimmungen, obenan die, daß der Vogt das Echte Ding halten soll. — Heusler, Stadtverfassung S. 125 f., meint im Anschluß an seine Lehre von den Ottonischen Privilegien: „In dem Sechzigschillingbann kommt . . . um d. J. 1000 die Gerichtsbarkeit des mit dem königlichen Bann belehnten Richters zum Ausdruck“. Aber noch ohne Unterschied zwischen Stadt und Land. Erst in der folgenden Zeit sei der 60 Schilling-Bann auf dem Lande (in den Immunitäten) verschwunden, in den Städten (die, d. h. die Bischofsstädte, ihm Immunitäten sind) allein geblieben: daher „Burgbann“. Dann wäre es doch sehr sonderbar, daß sich der Bann noch 1095 über die Echternacher Leute erhalten, und gar den Namen Burgbann erst angenommen hätte. Die Entwicklung verlief gerade umgekehrt. Heusler sieht sich genötigt, die Echtheit der Privilegien für Corvey und Gandersheim anzuzweifeln, da ihm das Wort Burgbann für das 10. Jahrhundert nicht paßt. Es liegt sonst gar kein Grund dazu vor. Er meint S. 125**, die Urkunde für Corvey von 940 sei auf die Konrads III. von 1147 für dasselbe Kloster (LL. Sectio IV tom. I. S. 184 Anm.) zugeschnitten, was unmöglich ist, weil, wie wir gesehen, der dort erwähnte burgban ganz andere Bedeutung hat (oben S. 56³). Das Wort kommt überhaupt später in verschiedenem Sinne vor, vgl. Waitz, Verfassungsgesch. Bd. VIII. S. 8 f.

Königsbann so genannt wird, hier auch auf dem Lande, und dann würde diese Erscheinung nur um so schwerer in das Gewicht fallen. Ursprünglich urteilten nach der fränkischen Gerichtsverfassung die Grafen nur mit einem Banne von fünfzehn Solidi, nur unter besonderen Umständen wurde ihnen der Königsbann von 60 Solidi verliehen. Erst in der staufischen Periode wurde der Sechzigschillingbann für die Grafen allgemein¹. Daß hierin die Städte vorangingen, daß in den Städten schon allgemein unter dem Sechzigschillingbann geurteilt wurde, zu einer Zeit, wo dieser auf dem Lande noch nicht zulässig war, dafür haben wir ein vollgültiges Zeugnis aus dem Anfange des elften Jahrhunderts. Zugleich erfahren wir, daß es das Bestreben der Grafen war, diesen hohen Bann auch auf dem Lande einzuführen. Daraus aber, daß er zunächst nur allgemein in den Städten zur Anwendung kam, erklärt sich seine Bezeichnung als Burgbann in der Echterbacher Urkunde von 1095.

Jenes Zeugnis aber ist die vielbesprochene Urkunde Heinrichs II. für Burchard von Worms vom Jahre 1014². Unter Burchards Führung beklagten sich nämlich sämtliche Bischöfe

¹ Sohm, Fränkische Reichs- und Gerichtsverfassung S. 176 ff. Brunner, Deutsche Rechtsgeschichte Bd. II. S. 166 f. Zu den besonderen Fällen ist die Befriedung des frisch unterworfenen Sachsens zu rechnen, Cap. de Partibus Saxoniae c. 31. Dedimus potestatem comitibus bannum mittere infra suo ministerio de faida vel maioribus causis in solid. 60. De minoribus vero causis comitis bannum in solid. 15. constituimus. Mon. Germ. LL. Sectio II, Bd. I von Boretius, S. 70. Sohm S. 175.

² Urk. B. d. Stadt Worms I. Nr. 42. — An diese Urkunde knüpft sich ein Streit darüber, ob Worms danach zu den civitates publicae gehöre oder nicht. Es ist eine Frage von allgemeiner Wichtigkeit für die Stellung der Bischofsstädte überhaupt. Hegel (Allgemeine Monatsschrift f. Wissenschaft und Literatur 1854, S. 164 Anm., S. 171), dem sich Waitz (Verfassungsgesch. Bd. VII, S. 376³) anschließen scheint, und Koehne (Ursprung d. Stadtverfassung S. 157 f.) meinen, Worms sei als Bischofsstadt nicht mehr civitas publica. Der entgegengesetzten Ansicht sind Heusler (Stadtverfassung S. 120 ff.), Schaubе (Entstehung des Rates in Worms Z. G. O. R., N. F., III 258⁸), Sohm (Städtewesen S. 32) und Kaufmann (Entstehung des Städtewesens, Münsterer Programm, S. S. 1891, S. 11¹). Ich brauche kaum noch zu sagen, daß ich mich den Letzteren anschliese,

und Äbte der Provinz bei dem Kaiser darüber, daß trotz aller Immunitätsprivilegien die Grafen immer sechzig Schillinge heischten, wenn jemand von den Leuten der Kirche des Diebstahls, des Kampfes, oder irgend einer criminalis causa schuldig befunden sei. Heinrich bestätigte darauf die volle Immunität der Familia, trifft Bestimmungen über Vergehen ihrer Mitglieder gegen Fremde und schließt mit den Worten:

Illos vero LX solidos . . . omnino interdicimus nisi in publicis civitatibus.

Das zweite Erzeugnis liefert das Gesetz desselben Bischofs Burchard, das ungefähr in das Jahr 1024 gesetzt zu werden pflegt. Ein einheitlicher Begriff für den Inhalt dieses Gesetzes ist nicht leicht zu geben, da es Bestimmungen enthält, die der Bischof teils als Stadtherr erläßt, teils als Haupt der Familia des Wormser Petersstifts. Der größte Teil des Inhalts ist strafrechtlich, proceßrechtlich und vermögensrechtlich. Er bezieht sich meist auf die Fiskalinen und regelt deren Rechtsverhältnisse untereinander, gegen Fremde und gegen den Herrn. Vieles aber, was man in einem „Hofrechte“ suchen würde, Bestimmungen über die regelmäßigen Abgaben und Dienste, fehlt. In der Stadt war die Familia des Petersstifts natürlich nicht die einzige. Um so schärfer tritt die rechtliche Sonderstellung der Stadt hervor. Bei einer Strafandrohung für die

und verweise nur noch darauf, daß nach dem Gesetz des Bischofs Burchard (1000—1025) gerade in Worms auf Friedbrüche in der Stadt die 60 Schilling-Buße stand (unten S. 59 f.). Die Verordnung Heinrichs II. ist bestätigt durch Heinrich III. und IV., 1056 und 1061, Urk. B. Nr. 53, 54. Vgl. ferner die sexaginta solidorum satisfactio in Speier, unten S. 60. — Gegen Kaufmann a. a. O. ist einzuwenden, daß er trotzdem Worms als unter dem Hofrecht des Bischofs stehend annimmt, und daß er meint, der Königsbann sei nun für jede Kleinigkeit in der Stadt in Anwendung gekommen, bis Burchard (vgl. unten S. 60) ihn auf die schwereren beschränkt habe. Das konnte er nicht, da Worms, wie Kaufmann selbst betont, civitas publica war. Für die Stadt statuiert er nur das geltende Recht. Jene übertriebene Anwendung, aus den Klagen der Bischöfe zu folgern, scheint mir umso weniger gerechtfertigt, als sich die Klagen nicht auf die Städte beziehen. Gut ist dagegen, was Kaufmann über die civitates publicae im allgemeinen sagt.

Angehörigen des Peters-Stifts wird ausdrücklich gesagt, daß sie auch dann gelte, aber außerdem der Bann zu zahlen sei, wenn der Fall in der Stadt vorgekommen sei¹. Es waren nämlich im Laufe eines Jahres fünfunddreißig Diener des Stifts von Genossen erschlagen worden: nun wird für solche Fälle von dem Herrn der Familia eine besonders schwere Strafe verhängt, eine körperliche, während für die Allgemeinheit für Friedbrüche in der Stadt die Buße von sechzig Schillingen in Kraft bleibt², entsprechend der Verordnung Heinrichs II. von 1014. Ebenso hat der in der Stadt im gerichtlichen Zweikampf Unterlegene 60 Schillinge zu wetten, während der Bischof als Grundherr für solche Fälle, die innerhalb der Familie außer der Stadt vorkommen, eine besondere Strafe verhängt³.

Endlich wird in dem Privileg Heinrichs IV. für Speier vom 10. April 1101⁴ die Sechzigschillings-Buße speciell als *ius civile* bezeichnet: wenn ein Hausdiener der Kanoniker

aliquam contra ius civium iniusticiam fecerit,
so soll vor dem Dekan

*ei qui lesus est secundum ius civile componatur, tribuno vero vel verberibus, si fatri domino peccantis placet, vel si frater mavult servienti parcere, pecunia secundum ius civile sexaginta videlicet solidorum satisfactio fiat*⁵.

¹ Urkk. B. d. Stadt Worms I, Nr. 48, Mon. Germ. L L. Sectio IV. Nr. 438, § 30.

² §§ 27, 28.

³ § 20. Und zwar hat der Unterlegene außer dem Bann an den Bischof, wovon 20 Schilling an den Vogt, seinem Gegner das dreifache Wehrgeld zu zahlen. Hierüber ist viel gestritten worden. Vgl. Koehne S. 20 ff. Koehnes Versuch, die Schwierigkeit zu lösen, indem er *vadiari* mit „Bürgschaft leisten“ übersetzt und darin eine „Begünstigung des Kaufmannsstandes“ erblickt, ist verfehlt. Es liegt keine besondere Schwierigkeit vor, wenn man nur das Verhältnis des Bischofs zur Stadt richtig faßt, und sich im übrigen einfach an den Wortlaut hält. Vgl. auch § 31 des Gesetzes. — Nach § 26 ist auch der erbliche zinsliche Grundbesitz in der Stadt besonders geschützt. Dazu unten Kap. V.

⁴ Hilgard, Urkk. d. Stadt Speier Nr. 13. S. 16.

⁵ Es sei noch auf die Urkunde des Abtes Ekkehard von Reichenau vom Jahre 1075 für Allensbach hingewiesen. Hier heißt es, daß Verletzer

Damit ist eine neue Epoche erreicht, in der der königliche Stadtfriede als ein Recht der Bürger aufgefaßt wird. Der Gegensatz zwischen den Interessen der Bürgerschaft, der Gemeinde, und denen des Stadtherrn, des Inhabers der öffentlichen Gewalt, tritt zu Tage. Der Stadtfriede erscheint als erster wesentlicher Bestandteil des Stadtrechts. Dieser Friede kam den Städten als Reichsburg zu, denn soll die Burg von Nutzen sein, so muß vor allen Dingen in ihren Mauern der Friede gewahrt werden. Damit ergibt sich dann aber auch schon das Weitere. Bildet die Stadt einen Bezirk mit besonderem, höherem Frieden, so ist damit auch der Stadtgerichtsbezirk gegeben, denn der höhere Friede bedeutet ein besonderes lokales Recht. Ebenso ist der Stadtfriede der Ausgangspunkt der Stadtfreiheit: wie schon Sohm gesagt hat, wird durch ihn die Stadt zum Asyl. Auswärtige können nur vor dem Stadtgericht Recht suchen gegen alle, die in der Stadt ihren Aufenthalt genommen haben¹. In der älteren Epoche waren die Städte wichtige Stützen der Reichsmacht. Sie standen dem Könige zur Verfügung, weil von Rechtswegen nur der König Burgen besitzen durfte. Teils vertraute er sie seinen Beamten zur Verteidigung an — wie namentlich die sogenannten Pfalzstädte, die im Anschluß an einen königlichen Hof emporgekommen waren; teils hatte er sie, und darunter die wichtigsten von allen, den geistlichen Fürsten, unter kraftvollen Herrschern die besten Stützen der königlichen Politik, zur Regierung über-

des dreimal zweiwöchentlichen Vorverkaufsrechts des Abtes „imperiale bannum persolvere cogantur“, und dann weiter: „Similiter secundum regiam constitutionem persolvant qui furtum, rapinam, invasionem, lesionem, molestationem, percussionem, involutionem infra terminum eiusdem oppidi facere presumpserint“. Schulte in Z. G. O. R., N. F. Bd. V. S. 168 f. Waitz, Verfassungsgesch. Bd. VII. S. 391³ mit Nachtrag Bd. VIII. S. 492, meint, dies entspreche dem, was sonst als Burgbann bezeichnet wird. Die Grenze lag vor dem Ort. Vgl. Schulte a. a. O., S. 153 f.

¹ Meine Auffassung unterscheidet sich in diesem Punkte von der Sohms dadurch, daß er das Stadtgericht erst aus der Eigenschaft der Stadt als Asyl herleitet, als das Gericht vor dem allein gegen die Asyl Suchenden verhandelt werden kann. Aber es war doch in erster Reihe für Sachen da, die in der Stadt selbst vorgekommen waren. Vgl. unten S. 69.

geben. Als Reichsbürgen haben gerade diese Städte sich auch bewährt, — selbst gegen den geistlichen Stadtherrn, wenn der sich den Feinden des Königs zugesellt hatte. Die Zeit der von Territorialherren gegründeten Städte kommt später. Ferner waren die Städte wichtig als Einnahmequellen aus ihrem Handel durch Zoll und Münze, welche Einnahmen zu erheben ebenfalls ein königliches Recht war, das größtenteils an geistliche Herren übertragen wurde. Während aber anfänglich die Städte einfach Dienerinnen der öffentlichen Macht und ihrer Vertreter waren, änderte sich das, nachdem im Schutze des Stadtfriedens durch Handel reich geworden, die Bürgerschaften anfangen, in der Politik ein Wort mitzusprechen und das Selbstbestimmungsrecht in größerem Umfange auszuüben. Ehe aber das Aufkommen dieser Selbständigkeit der Gemeinden und die Entwicklung des Stadtrechts dargestellt werden kann, ist erst noch ein Wort über die Theorie zu sagen, die überhaupt die ganze städtische Sonderentwicklung, den Stadtfrieden, das Stadtrecht, die Stadtgerichtsbezirke, das Stadtgericht, auf das Marktrecht, den Marktfrieden, das Marktgericht zurückführen will.

Inhaltsverzeichnis.

	Seite
Einleitung	1
I. Das Stadtgericht	10
I. Kapitel. Der Stadtgerichtsbezirk	14
a. Die Ottonischen Privilegien	14
b. Der Ursprung der Stadtgerichtsbezirke	24
c. Die Stadtgerichtsverfassung	32
II. Kapitel. Die Stadt als Burg	38
a. Die Deutschen und die Burgen	38
b. Die Burgen in Sachsen	42
c. Der Burgbann	51

~~~~~  
**Pierer'sche Hofbuchdruckerei. Stephan Geibel & Co. in Altenburg.**  
~~~~~


Keutgen, Friedrich,

Untersuchungen über den Ursprung der deutschen Stadtverfassung

Leipzig 1894

J.germ. 96 q

urn:nbn:de:bvb:12-bsb11633502-9